

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXX. Jahrgang, Nr. 1

Jänner 1957

## Inhalt

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Ausbreitung der Konjunkturabschwächung bei steigenden Preisen und Löhnen — Günstige Entwicklung der Außenwirtschaft — Vor Umschichtungen zugunsten der Investitionen**

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion; Die Investitionspläne der Erdölwirtschaft — Umsätze und Verbrauch; Insolvenzen im Jahre 1956 — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Die ERP-Kredite für den Fremdenverkehr im Jahre 1956 — Außenhandel*

### Die Fleischversorgung im Jahre 1957

**Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen**

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Ausbreitung der Konjunkturabschwächung bei steigenden Preisen und Löhnen — Günstige Entwicklung der Außenwirtschaft — Vor Umschichtungen zugunsten der Investitionen**

Obwohl das Wetter in den Wintermonaten nicht ungünstig war und über 12.000 Arbeitskräfte mehr als im Vorjahr mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge beschäftigt wurden, waren Mitte Februar fast genau soviel Stellensuchende vorgemerkt wie Ende Februar 1956 (224.000). Nach der Fahrzeugindustrie und den Gießereien mußten nun auch Teile der Elektroindustrie ihre Produktion einschränken und Arbeitskräfte entlassen. Auch die Bauwirtschaft hatte um 12.000 Arbeitslose (Ende Jänner) mehr als im Vorjahr.

Die Absatzschwäche im Inland ist für viele Betriebe wohl ein Ansporn, sich im Export mehr anzustrengen, und begünstigt daher die Aktivierung der Zahlungsbilanz. Dieser Ausweg steht jedoch nur verhältnismäßig wenigen Branchen und Betrieben offen und ist selbst für sie, da sich auch die internationale Konjunktur abgeschwächt hat, nicht unbeschränkt gangbar. Die Hauptursachen des Produktionsrückganges in den Investitionsgüterindustrien sind die teilweise Sättigung des Bedarfes (Fahrzeugindustrie), Kreditrestriktionen, die Einschränkung der öffentlichen Investitionen zugunsten der Personalausgaben und nicht zuletzt der Rückgang der Gewinne, der wichtigsten Quelle der Investitionsfinanzierung. Im Jahre 1956 litten fast alle Wirtschaftszweige unter

einer fortschreitenden Kostenaufblähung bei stagnierender Produktivität, besonders Betriebe, die überwiegend oder ganz, wie die öffentlichen Versorgungsbetriebe, ihre Waren oder Leistungen zu behördlich fixierten Entgelten anbieten müssen. Wichtige Preise und Tarife der Gemeinwirtschaft (elektrischer Strom, Eisen, Tarife der städtischen Versorgungsbetriebe und Verkehrsunternehmungen) und schließlich auch die Mieten, die in den vergangenen Jahren aus politischen Erwägungen absichtlich niedrig gehalten wurden, drängen immer stärker zu Erhöhungen, seit die Kosten steigen und der Mangel an Investitionskapital zunimmt.

Der Zwang, die gegenwärtige Investitionsflaute zu überwinden, stellt die Wirtschaftspolitik vor die Aufgabe, die im Vorjahr übermäßige Schwergewichtsverlagerung von den Investitionen zum Konsum teilweise wieder rückgängig zu machen. Die geplanten Investitions- und Sparbegünstigungen dienen bereits diesem Ziele. Dieser schwierige Umstellungsprozeß wird allerdings nur dann gelingen, wenn die Unternehmer die unbedingt erforderlichen Preis- und Tarifkorrekturen nicht selbst zum Anlaß nehmen, lang gehegte Preiswünsche durchzusetzen, und wenn die Arbeitnehmerseite darauf verzichtet, die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die zunächst nicht

ganz vermieden werden kann, sofort durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen wettzumachen. Mehr denn je bedarf es daher im gegenwärtigen Augenblick einer verständnisvollen Zusammenarbeit der Sozialpartner mit der Wirtschaftspolitik.

Die langsam auch auf andere Zweige (Elektroindustrie) übergreifende Konjunkturabschwächung spiegelt sich auch auf dem *Arbeitsmarkt*. Die Zahl der *Beschäftigten* nahm im *Jänner* um 66 400 Personen ab (im *Jänner* v. J., bei allerdings sehr mildem Wetter, nur um 47 900). Aber auch wenn man die Witterungseinflüsse ausschaltet und die Ergebnisse in den Monaten Dezember und *Jänner* zusammen betrachtet (in diesem Zeitaum glichen sich die Witterungsunterschiede annähernd aus), wurden im Winter 1956/57 um 8 600 Arbeitskräfte mehr entlassen als im Winter 1955/56. Ende *Jänner* 1957 gab es wohl noch um 37 000 Beschäftigte mehr als Ende *Jänner* 1956. Aber der Beschäftigungszuwachs ist im Laufe des Jahres 1956 viel schwächer geworden. Im *Jänner* 1956 waren noch um 91 000 und im Durchschnitt 1956 noch um 62 900 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr vorher.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* erhöhte sich im *Jänner* um 57 800 (im Vorjahr um 46 300) auf 219 100. Das sind um 18 900 mehr als Ende *Jänner* 1956. Obwohl größere Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge und der Schlechtwetterregelung zur Stützung der Beschäftigung in der Baustoffindustrie und im Baugewerbe ausgegeben wurden, gab es um 11 700 arbeitslose Bauarbeiter mehr als im Vorjahr. (Ende *Jänner* 1957 wurden mit Hilfe von PAF-Beiträgen 32.100 Arbeitskräfte beschäftigt, gegen 19 800 im *Jänner* 1956.) Auch die Zahl der stellensuchenden Metallarbeiter nahm stärker zu als im Vorjahr (um 3.300 gegen 1.900). Trotzdem wird heuer dank dem bisher milden Wetter im Februar die Winterspitze der Arbeitslosigkeit, wenn nicht noch ein strenger Spätwinter folgt, voraussichtlich nicht viel höher sein als im Vorjahr (mit 224.000 vorgemerkten *Stellensuchenden* Ende Februar 1956). Dagegen sind die konjunkturellen Aussichten weniger günstig. Die Fahrzeug- und Elektroindustrie erwägen weitere Entlassungen. Auch die geringen *Stellenangebote* bei den Arbeitsämtern sprechen für eine Abschwächung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Sie nahmen im *Jänner* nur um 200 zu, während sie saisonüblich um mehr als 2.000 steigen. Verschiedene Betriebe, die im Sommer und Herbst v. J. trotz Absatzrückgängen nur wenig oder überhaupt keine Arbeitskräfte entlassen hatten, beginnen mehr und mehr ihren Beschäftigtenstand den geänderten Marktverhältnissen anzupassen. Auch die noch ex-

pandierenden Zweige nehmen nicht in gleichem Maße neue Arbeitskräfte auf wie ihre Produktion steigt, sondern suchen durch technische und organisatorische Rationalisierungen die vorhandenen Arbeitskräfte wirkungsvoller einzusetzen. Beide Entwicklungen laufen auf eine Steigerung der *Produktivität* in der Industrie hinaus, die längere Zeit stagniert hatte, in den Monaten Oktober und November aber wieder um 3% und 4% höher war als im Vorjahr.

Die *Industrieproduktion* je Arbeitstag stieg im *November* (saisonbereinigt) um 3% und war um 5% höher als im Vorjahr. Nach Meldungen des Konjunkturtestes war die Entwicklung im Dezember ähnlich. Damit ist die Zuwachsrate der Industrieproduktion, die seit Beginn 1956 ständig zurückgegangen war, im IV. Quartal mit etwa 4% wieder etwas höher als im III. Quartal (mit 3% gegenüber dem Vorjahr).

Die einzelnen Industriezweige entwickeln sich jedoch nach wie vor sehr ungleichmäßig. Die *Grundstoffindustrie* kann ihre Kapazitäten weiterhin voll ausnützen. Die eisenschaffende Industrie überwand im November den Produktionsausfall im Oktober, der durch einen Streik verursacht worden war. Sie produzierte um 19% mehr als im November des Vorjahres. Die Magnesitindustrie förderte im Jahre 1956 erstmals seit ihrem Bestehen mehr als 1 Mill. t Rohmagnesit bzw. um 9% mehr als im Jahre 1955. Die *Investitionsgüterindustrien* konnten nur in jenen Zweigen weiter expandieren, wo die Ausfuhr einen Ersatz für die abgeschwächte Inlandsnachfrage bot. Die Maschinenindustrie produzierte in den Monaten Oktober und November um 7% mehr und exportierte im IV. Quartal um 22% mehr als im Vorjahr. Die Konkurrenzfähigkeit der eisenverarbeitenden Industrie auf den Auslandsmärkten wird durch die niedrigen Vormaterialpreise gestärkt. Der Rückgang der inländischen Investitionsgüternachfrage beginnt nun auch auf Branchen zuzugreifen, die kaum in den Export auszuweichen vermögen. Nach der Gießerei- und Fahrzeugindustrie mußten im *Jänner* auch einzelne Zweige der Elektroindustrie ihre Erzeugung einschränken, weil infolge der Investitionskürzungen in den öffentlichen Budgets, insbesondere der Bundesbahnen und der Post, die gewohnten Aufträge ausblieben und ihre Produkte zumindest augenblicklich nicht exportiert werden können. Gleichzeitig stoßen andere Zweige, die bisher den Nachfragerückgang im Inland durch den Export mehr als ausgleichen konnten, zunehmend auf Schwierigkeiten auf den ausländischen Märkten.

Auch die Industriesparten, die *dauerhafte Konsumgüter* erzeugen, entwickeln sich uneinheitlich. Die Möbelindustrie erholte sich vom Ausfall in der Sommersaison und erzeugte im Oktober und November um 8% und 4% mehr als im Vorjahr. Auch die konsumorientierten Zweige der Elektroindustrie entwickeln sich wider Erwarten günstig. Die Produktion von Radios lag im Oktober und November um 14%, von Elektrospeichern um 13% und die von Kühlschränken sogar um 114% über dem Vorjahresstand. Dagegen erlitt die Nachfrage nach Konsumgütern der eisen- und metallverarbeitenden Industriezweige und die Nachfrage nach zweirädrigen Fahrzeugen schwere Rückschläge. Im November wurden weniger Mopeds erzeugt als im November des Vorjahres, obwohl damals die Produktion in großen Serien erst angelaufen war. Die Produktion *nicht-dauerhafter Konsumgüter* wird vor allem durch die anhaltend starke inländische Nachfrage gestützt. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie produzierte in den Monaten Oktober und November um 19% mehr als im Vorjahr. Der Produktionszuwachs wurde nicht mehr wie in den vergangenen Monaten großteils exportiert, sondern im Inlande verkauft. Die Ausfuhr von Textilien war im IV. Quartal nur um 5% höher als im Vorjahr.

Die *Energieversorgung* der österreichischen Wirtschaft funktionierte trotz Schwierigkeiten beim Bezug ausländischer Kohle und bei der Versorgung mit Heizöl ohne ernstere Störungen. Dank übersaisonnmäßig günstiger Wasserführung der Flüsse (die Wasserkraftwerke erzeugten im IV. Quartal um 26% mehr Strom als im Vorjahr) konnten die Brennstoffvorräte der Dampfkraftwerke geschont werden. Trotz der scharfen Konkurrenz der europäischen Zuschußländer war es möglich, die Kohleneinfuhren aus den Vereinigten Staaten im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten und den dringendsten Kohlenbedarf zu befriedigen. Da auch die Hauptverbraucher in den Sommermonaten ansehnliche Kohlenvorräte angelegt hatten, konnten die kritischen Wintermonate fast störungsfrei überbrückt werden. Erdölprodukte, außer Heizöl, standen aus der Inlandsproduktion ausreichend zur Verfügung. Außerdem wurde die Versorgung durch den saisonbedingt niedrigen Bedarf im Winter erleichtert.

Die *Landwirtschaft* produziert gegenwärtig mehr Milch und Milchprodukte, als sie im Inlande absetzen kann. Dagegen bleibt die inländische Schweinefleischproduktion hinter der Nachfrage zurück. Durch die Milchpreiserhöhung ist das Angebot an Milch größer geworden als die Nachfrage. Der Überschub wurde vor allem für die Produktion von Butter verwendet.

Die Butterproduktion erhöhte sich außerdem noch durch die Abfettung der Frischmilch. Im Jänner lagen schon 1.350 t Butter auf Lager. Heuer wird mit einem Überschub von 4.000 t gerechnet, der nur zu niedrigeren Preisen als im Inland exportiert werden kann. Der Milchwirtschaftsfonds behält vom Erzeugerpreis nun wieder 3 Groschen je Liter Milch ein, um die Exportbutter zu verbilligen. Das Problem des Butterüberschusses läßt sich damit allein kaum lösen.

Das gesamte Fleischangebot war in Wien im Jänner geringfügig (0,4%) niedriger als im Jänner des Vorjahres. Das Inland brachte im Wochendurchschnitt um 30% und 15% weniger Schweine und Rinder, jedoch um 13% mehr Kälber nach Wien als im Vorjahr. Dafür wurden 13.411 Schweine aus dem Ausland dem Markt zugeführt, gegen nur 506 im Jänner des Vorjahres. Die Landwirtschaft wird auch in den nächsten Monaten infolge geringerer Schweineschlachtungen und wegen der Sperrmaßnahmen zur Verhütung der Seuchenverschleppung weniger Schlachtvieh liefern als im Vorjahr. Da die Nachfrage nach Fleisch -- wenn auch weniger als im Jahre 1956 -- wachsen wird, werden im Jahre 1957 größere Fleischimporte erforderlich sein. Voraussichtlich wird erst im Herbst das inländische Angebot an Schweinefleisch wieder steigen<sup>1)</sup>.

Die *Umsätze im Einzelhandel* waren im Dezember 1956 wertmäßig um 5%, mengenmäßig aber nur um 2% höher als vor einem Jahr, da vor allem die Preise von Waren, die im Weihnachtsgeschäft eine größere Rolle spielen, wie einzelne Nahrungs- und Genußmittel, Schmuck, Lederwaren und Hausrat im Laufe des Jahres stärker gestiegen sind. In den Monaten März bis Oktober war die Zuwachsrate der Einzelhandelsumsätze wertmäßig um 6 bis 7% und mengenmäßig um 4 bis 5% höher als im Vorjahr. Trotzdem darf das „Weihnachtsgeschäft 1956“, für das nicht nur die relativ schwächeren Umsätze vom Dezember, sondern auch die ganz vorzüglichen vom November zu berücksichtigen sind, im ganzen als „gut“ bezeichnet werden. Die Einzelhandelsumsätze in beiden Monaten zusammen waren wertmäßig um 9% und mengenmäßig um 6% höher als im Vorjahre und lagen damit über den Durchschnitten der vorherigen Verkaufsperioden.

Auffallend ist die schon seit Frühjahr 1956 zu beobachtende, in den Weihnachtsmonaten aber besonders deutlich gewordene *Verlagerung der Nachfrage von dauerhaften zu nichtdauerhaften Konsumgütern*. In den Monaten November und Dezember

<sup>1)</sup> Siehe Aufsatz „Die Fleischversorgung im Jahre 1957“ S. 31 ff.

1956 sind die Umsätze in der Gruppe „Wohnungseinrichtung und Hausrat“, die für dauerhafte Konsumgüter typisch ist, gegenüber dem Vorjahr real nur noch um 1% gestiegen, gegen 12% in den Weihnachtsmonaten 1955. Besonders kraß nahmen die Zuwachsraten der Umsätze von Elektrogeräten für den Haushalt ab (von 27% im Jahre 1955 auf 3% im Jahre 1956). Das Abebben der Technisierung der Haushalte deutet darauf hin, daß die seit 1954 durch Liberalisierung, Preissenkungen und verschiedene „Elektrogeräteaktionen“ ausgelösten Nachfrageimpulse schwächer geworden sind. Teilweise ist diese Entwicklung auch auf die Einschränkung dieser Aktionen zurückzuführen. Andererseits verzeichnen nicht-dauerhafte Konsumgüter, insbesondere Nahrungs- und Genußmittel, beachtliche Umsatzsteigerungen (wertmäßig + 13%, mengenmäßig + 10%).

Die unter „Sonstiges“ zusammengefaßten verschiedenartigen Branchen, die vor allem Weihnachtsgeschenke aller Art anbieten, konnten ihre Umsätze in den Monaten November und Dezember insgesamt um 6% (im Vorjahr 14%) erhöhen. Im einzelnen war der Geschäftsgang branchenweise sehr verschieden. Zum Teil bedeutend höhere Umsätze wurden bei Photoartikeln (+ 15%), Fahrrädern, Motorrädern und Fahrzeugzubehör (+ 12%), Lederwaren (+ 10%), Papierwaren (+ 3%), Uhren und Schmuck (+ 3%) erzielt, dagegen wurden Parfumerie- und Drogeriewaren um 5% und Bücher um 3% weniger verkauft als im Vorjahr. Vor allem die Photogeschäfte profitieren von den höheren Einkommen, die Zahl der Photoamateure nimmt ständig zu, viele gehen zum teureren Farbfilm über, mehr und mehr finden auch Filmapparate Liebhaber.

Der Außenhandel erreichte im Dezember zwar keine neuen Rekordwerte wie in den vergangenen Jahren, war aber doch sehr beachtlich. Die Einfuhr war mit 2.219 Mill. S um 68 Mill. S (3%) und 205 Mill. S (8%) niedriger als in den Monaten November und Oktober. Offenbar sind verschiedene Weihnachtsbestellungen früher eingetroffen als in den letzten Jahren. Die Importe im Dezember blieben allerdings auch stark hinter den Dezemberimporten 1955 zurück (wertmäßig um 6%, volumenmäßig um 9%). Damals trachteten die Unternehmer noch knapp vor Jahresende, bevor die mit 31. Dezember 1955 befristete Investitionsbegünstigung ablief, möglichst viele Maschinen und Verkehrsmittel einzuführen. Dieser Anreiz besteht nicht mehr, außerdem ist die Konjunktur vor allem im Bereich der Investitionsgüter fühlbar schwächer geworden. Bezeichnenderweise war die Einfuhr anderer Fertigwaren jedoch um 19% größer. Andererseits soll der Rückgang der Importe im De-

zember nicht als ein Symptom der allgemeinen Konjunkturabschwächung überschätzt werden. Er kann zu 90% mit der Störung des Ungarnhandels und mit der Sperre des Suezkanals erklärt werden. Die Einfuhr aus Ungarn fiel von 32 Mill. S im November auf 18 Mill. S im Dezember und war um 99 Mill. S niedriger als im Dezember 1955. Aus Asien und Australien wurde um 31 Mill. S weniger importiert.

Die Ausfuhr kam im Dezember mit 2.013 Mill. S nahe an den bisherigen Höchststand von Oktober (2.044 Mill. S) heran und war um 14% höher als im Dezember 1955. Mehr exportiert wurden neben Eisen und Stahl vor allem Fertigwaren, insbesondere Investitionsgüter (Maschinen, elektrotechnische Geräte).

Im IV. Quartal 1956 war die Ausfuhr um 16%, die Einfuhr nur um 4% größer als im IV. Quartal 1955. Im Dezember 1956 war das Defizit der Handelsbilanz mit 206 Mill. S nur ein Drittel so hoch wie im Dezember 1955. Es wurde durch die Notenbank finanziert, die im Dezember 185 Mill. S aus ihren valutaren Reserven abgab. Obwohl die Zahlungsbilanz zu Jahresbeginn saisongemäß keine oder nur geringe Überschüsse abwirft, konnte die Notenbank schon im Jänner ihre Gold- und Devisenreserven wieder um 121 Mill. S auffüllen. Außerdem sind ihre Goldbestände durch eine Aufwertung rechnerisch um 76 Mill. S gestiegen. Gegenüber der EZU entstanden im Dezember und Jänner bei Einbeziehung der vorzeitigen bilateralen Zahlungen Defizite von 10 Mill. \$ und 6 Mill. \$, um 2 Mill. \$ und 4 Mill. \$ weniger als im Vorjahr.

Durch die Devisenüberschüsse und den Rückfluß von Noten in das Bankensystem hat sich der Geldmarkt im Jänner stärker entspannt als im Vorjahr. Die Beanspruchung der Notenbank durch die Kreditinstitute sank um 358 Mill. S gegen 8 Mill. S im Jänner 1956. Die Institute besaßen Ende Jänner mit 1.296 Mill. S um 443 Mill. S mehr Guthaben bei der Notenbank als Ende Jänner des Vorjahres. Die Verwendung dieser liquiden Mittel und der zu erwartenden Überschüsse der Zahlungsbilanz ist bis Ende Februar durch die Abkommen über die Kreditkontrolle beschränkt. Zu Jahresende hatten die durch die Abkommen gebundenen Institute nur noch einen Kreditspielraum von 145 Mill. S. Der Ablauf der Kreditabkommen Ende Februar stellt die Kreditpolitik vor eine schwierige Entscheidung. Durch eine Lockerung der Abkommen fiel es leichter, die Schwächeerscheinungen auf den Investitionsgütermärkten zu überwinden. Dagegen legt der anhaltende Preis- und Lohnkostenauftrieb nahe, an dem betont vorsichtigen Kurs der Kreditpolitik festzuhalten.

Die von langer Hand vorbereitete Ausgabe der „Volksaktien“ seit 28. Jänner d. J., die auch in Kapitalmarktfragen nicht versierte Sparer als eine lukrative und fast risikolose Anlage erkennen konnten, fand ein überaus zeichnungsfreudiges Publikum. Das Interesse an den Vorzugsaktien der beiden verstaatlichten Großbanken *Creditanstalt-Bankverein* und *Länderbank* war so groß, daß der vorgesehene Betrag von 225 Mill. S schon nach einer Woche gezeichnet war. Trotzdem entschloß sich das Finanzministerium, weitere Zeichnungen bis zum 28. Februar entgegenzunehmen um die Nachfrage der kleinen Sparer durch entsprechende Abstriche bei den Zeichnern größerer Beträge zu befriedigen.

Da der Verkauf der (stimmrechtlosen, jedoch mit einer fast sicheren Dividende ausgestatteten) „Volksaktien“ noch nicht abgeschlossen ist (nur die stimmberechtigten „Stammaktien“ sind auf Grund einer Vereinbarung der beiden großen Parteien größtenteils bereits in festen Händen), kann über die voraussichtlichen *ökonomischen Auswirkungen* des erstmals seit Kriegsende groß angelegten Aktienverkaufes der beiden verstaatlichten Großbanken noch keine ziffernmäßig belegbare Aussage gemacht werden. Nach bisherigen Informationen hat ein Teil der Käufer der Aktien entweder weniger auf Sparkonten oder Scheckkonten eingezahlt oder die Käufe durch Abhebungen von ihren Konten finanziert. Bei der derzeitigen Begrenzung der Kreditausweitung durch die Kontrollabkommen wird die Kreditgewährungsmöglichkeit der Institute allerdings nur um ein Viertel bis höchstens die Hälfte der Abhebungen verringert. Der Aktienverkauf wird daher das Kreditpotential für Investitionen nur verhältnismäßig wenig einschränken, jedoch die kaufkräftige Konsumentennachfrage in einer Größenordnung von 360 Mill. S erhöhen. Diese Nachfrageausweitung ist relativ gering, sie beträgt nur einen kleinen Bruchteil der gesamten Konsumausgaben und fällt auch währungspolitisch kaum ins Gewicht, erschwert aber doch die Bemühungen um eine Dämpfung des gegenwärtigen Preis-Lohn-Auftriebes. Ob und inwieweit die Ausgabe der „Volksaktien“, die substantiell bedeutend wertvoller sind als ihr Ausgabekurs von 115, künftig den österreichischen Kapitalmarkt beleben und befruchten oder die Placierung anderer Papiere (wie die vorgesehenen Energie- und Wohnbauanleihen) erschweren wird, wird noch im Laufe dieses Jahres festgestellt werden können.

Die Auftriebstendenz bei den *Preisen* hält weiter an, obwohl die Preise zahlreicher internationaler

Rohwaren seit einiger Zeit wieder sinken. Die Erhöhung der Ausnahmetarife der Bundesbahnen für Kohle (um 15%) wurde in allen Handelsstufen sofort auf die Kohlenpreise überwälzt. Die Papierindustrie berechnet ab 1. Februar einen sogenannten Brennstoffzuschlag, der mit den gestiegenen Kohlenpreisen begründet wird. Dadurch verteuerten sich einzelne Papiersorten um 2 bis 7%. In weiterer Folge hat die papierverarbeitende Industrie unter Berufung auf diese Papierpreissteigerungen und die jüngsten Lohnerhöhungen ihre Preise um durchschnittlich 10% hinaufgesetzt. Die Erzeuger von Hohlglas begründen die Erhöhung ihrer Preise um 8% ebenfalls mit Verteuerungen von Kohle und ausländischem Heizöl. Im *Index der Lebenshaltungskosten* wirkten sich diese und andere Verteuerungen, so z. B. von Tageszeitungen (22%), Schulheften (10%), Koks (9%) und Glaswaren (8%) bereits aus. Da gleichzeitig auch Gemüse, Äpfel, Kalbfleisch und Hülsenfrüchte teurer wurden und die Preiserhöhungen dieser Nahrungsmittel durch Verbilligungen von Speckfilz, Eiern, Rindfleisch und Speiseöl bei weitem nicht kompensiert wurden, stieg der Gesamtindex der Lebenshaltungskosten im Jänner um 2,4%. Er war um 5,2% höher als im Jänner 1956.

Die *Lohnbewegung* hat sich kaum abgeschwächt. Nachdem im Herbst die Arbeiter vieler Industriezweige ihre Tariflöhne verbessern konnten und seit 1. Jänner die öffentlichen Angestellten zum Teil bedeutend höhere Bezüge erhalten, versuchen nun auch alle übrigen Angestellten, Anschluß an diese Entwicklung zu finden. Ihre Gehaltserhöhungen sind teilweise stark gestaffelt und zielen auf eine Entnivellierung ab. Ab Jahresbeginn wurden die Gehälter der Angestellten der eisen- und metallverarbeitenden Zweige, der Berg- und Hüttenindustrie um 2 bis 22%, die der Versicherungsangestellten um 15% erhöht. Die Gehälter der Angestellten in der Chemie- und Papierindustrie wurden rückwirkend ab 1. Dezember bzw. ab 1. Jänner 1957 um 1 bis 19%, die der Mühlen- und Süßwarenindustrie um 6% und 4% heraufgesetzt. Diese Gruppen umfassen nahezu 10% aller nichtöffentlichen Angestellten. Weitere Gruppen von Angestellten (u. a. der Bauindustrie und des Handels) meldeten Gehaltsforderungen an oder sind bereits in Lohnverhandlungen eingetreten. Neben den Angestellten konnten im Jänner auch die Fleischereiarbeiter und mehrere kleinere Arbeitergruppen ihre Bezüge verbessern.

## Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 11 bis 19

Die Zahlungsbilanz entwickelt sich weiterhin günstiger als im Vorjahr, doch sind die Überschüsse im Winterhalbjahr saisongemäß nur gering. Ihre Umlaufvermehrung wird überdies durch die Kreditrestriktionsabkommen gedämpft. Die größeren Abhebungen von Sparkonten, die gegen Jahresende die Geldmenge vermehrten, haben mit der Beruhigung der weltpolitischen Lage aufgehört.

Die Notenbank konnte im Jänner ihre valutaren Bestände wieder um 121 Mill. S vermehren, während sie im Dezember noch 185 Mill. S aus ihren Reserven abgegeben hatte. Außerdem sind die valutaren Bestände rechnungsmäßig durch Aufwertung des Goldbestandes um 76 Mill. S gestiegen<sup>1)</sup>.

Das kommerzielle Kreditvolumen verringerte sich im Dezember zum ersten Male seit November 1955. Die Banken verminderten ihre Kommerzkredite im Dezember um 199 Mill. S, während die Sparkassen sie noch um 100 Mill. S ausweiteten; per Saldo ging das Kreditvolumen um 107 Mill. S zurück. Die Krediteinschrankung wurde zum Teil durch die Kreditrestriktionsabkommen vom November bewirkt, zum Teil war sie nur saisonbedingt.

Die Veröffentlichung der Statistiken über die Einhaltung der Kreditkontrollabkommen läßt erstmals die Folgen der Zusatzabkommen vom November 1956 erkennen. Die an sie gebundenen Institute verloren im November und Dezember netto 1.837 Mill. S von jenen Einlagen, die den Abkommen unterliegen. Weil dadurch bei den meisten Instituten der Kreditplafond von Ende Oktober unterschritten worden war, hätten sie ihre Kredite um 50% des Einlagenruckganges einschränken müssen<sup>2)</sup>. Der Kreditplafond verminderte sich daher um 1.132 Mill. S oder 62% des Einlagenruckganges. Tatsächlich schränkten die an die Abkommen gebundenen Institute im November und Dezember die dem Abkommen unterliegenden kommerziellen Kredite um 1.107 Mill. S ein. Ein Teil des Rückganges entfällt auf eine Abnahme der Zwischenbankkredite und -einlagen. Das gesamte kommerzielle Kreditvolumen blieb aber auch deshalb stabil, weil

die nicht gebundenen Institute ihre Kredite ausdehnten und die gebundenen Institute Kredite gewährten, die nicht auf das Abkommen angerechnet werden. Die Kreditpolitik war bei den einzelnen Gruppen der Kreditinstitute nicht einheitlich. Die Banken verringerten die Kredite – zum Teil durch Rückzahlungen der Elektrizitätsgesellschaften mit Hilfe der Weltbankleihe – um mehr als 50% des Einlagenruckganges, und ahnelich war die Entwicklung bei den Kreditgenossenschaften. Die Banken und Kreditgenossenschaften unterschritten daher den Kreditplafond zum Jahresende um 246 Mill. S und 125 Mill. S. Die Sparkassen verringerten dagegen ihre Kredite von Ende Oktober bis Ende Dezember nur um 87 Mill. S, während ihre Einlagen im gleichen Zeitraum um 591 Mill. S abnahmen. Die Sparkassen überschritten daher ihren Kreditplafond Ende Dezember um 226 Mill. S. Sie schränkten ihre Kredite weniger ein als die Banken, weil sie damit rechneten, daß die Abhebungen von November und Dezember nicht lange anhalten und die Spareinlagen im I. Quartal saisongemäß stark steigen werden.

Im Dezember wurden noch 103 Mill. S Spareinlagen mehr abgehoben als neu eingezahlt. Da die Kredite aber ebenso stark eingeschränkt wurden, vermehrte sich dadurch der Umlauf im Dezember nicht.

Das Geldvolumen weitete sich im Dezember um 396 Mill. S aus, obwohl auch die Devisenverkaufe der Notenbank mit 305 Mill. S restriktiv wirkten. Ein Teil der Ausweitung entstand nur durch die Umbuchung eines Betrages von rund 250 Mill. S von den gesperrten Guthaben öffentlicher Stellen auf die freien Guthaben öffentlicher Stellen, die zum Geldvolumen zählen. Wie in den Vorjahren geht der größte Teil der restlichen Ausweitung im Dezember auf statistisch nicht erfaßte Transaktionen zurück. Der Umlauf an Noten und Münzen nahm im Dezember nur um 466 Mill. S zu, um 199 Mill. S weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Auch im Jänner nahm der Notenumlauf stärker ab (502 Mill. S) als vor einem Jahr (346 Mill. S).

Der Rückfluß der Noten und die Gold- und Devisenkäufe der Notenbank entspannten den Geldmarkt im Jänner saisongemäß.

Die Institute konnten 529 Mill. S von ihren Schulden bei der Notenbank zurückzahlen und 332 Mill. S Schatzscheine kaufen, während ihre Giro Guthaben bei der Notenbank nur um 503 Mill. S abnahmen. Die Nettobeanspruchung der Notenbank durch die Institute verminderte sich um 358 Mill. S auf 479 Mill. S, das sind 161 Mill. S weniger als Ende Jänner des Vorjahres.

<sup>1)</sup> Die Notenbank verringerte nämlich am 2. Jänner den Spensatz für den Goldankauf, wodurch der offizielle Goldankaufspreis – zu dem sie auch ihre Goldbestände bewertet – um 1.199 S auf 28.993 S pro kg Gold stieg. Die Goldparitat blieb mit 29.257 S pro kg unverändert.

<sup>2)</sup> Liegt der Kreditplafond unter dem von Ende Oktober, dann gelten nämlich noch die alten Abkommen, die diese Bestimmung enthalten. Liegt der Kreditplafond über dem von Ende Oktober, dann müssen die Kredite nur um 25% des Einlagenruckganges vermindert werden. Diese Bestimmungen wurden im letzten Monatsbericht mißverständlich wiedergegeben.

Dem *Aktienmarkt* gingen zu Jahresanfang anlagebereite Gelder durch den Verkauf der Volksaktien und der Anteilscheine des Investmentfonds verloren. Der Aktienkursindex<sup>1)</sup> zeigt von Mitte Dezember bis Mitte Jänner durchschnittliche Kursrückgänge von 2% an. Aktien der Papierindustrie erlitten sogar Kursverluste von 6%, nur die Aktien der Nahrungsmittelindustrie stiegen weiter. Im Februar verkaufte der Bund 225 Mill. S (Nominale) stimmrechtlose Vorzugsaktien und 75 Mill. S Stammaktien der Creditanstalt und der Länderbank. Die Vorzugsaktien wurden zum Kurs von 115 mit breiter Streuung an das Publikum verkauft, die Stammaktien sind zum Kurs von 135 an Organisationen und öffentliche Institutionen und nur zum kleinen Teil an das Publikum abgegeben worden.

### Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2 I bis 2 9 und 10.1

Auf den *Weltmärkten* ist die „Suez“-Hausse fast ganz abgeklungen und teilweise sogar von einer Baisse abgelöst worden. Auch die Seefrachtraten begannen sich zu stabilisieren, teilweise fallen sie sogar schon. Auf dem *Inlandsmarkt* überwiegen noch immer die Preisauftriebstendenzen. Auch die *Lohnbewegung* dauert an, wobei die Löhne zum Teil entnivelliert werden.

Die internationalen *Rohwaren* notieren wieder annähernd gleich hoch wie vor dem Suezkonflikt. Kakao und Kupfer, die schon zu Jahresende ihre Haussegewinne eingebüßt hatten, waren Ende Jänner am Londoner Markt um weitere 8% und 5% billiger. Im Jänner sind die Preise für Kautschuk um 17%, amerikanische Baumwolle und Sojaöl um je 3% und Blei um 1% zurückgegangen. Merinowolle zog hingegen nach einem vorübergehenden Sinken zu Jahresende neuerlich um 4% an und auch

<sup>1)</sup> Der Index wurde rückwirkend ab Juli vorigen Jahres neu berechnet. Im Juli und im Jänner haben nämlich zwei Gesellschaften, deren Aktien im Index enthalten sind, ihr Kapital erhöht. Die neuen Aktien wurden den bisherigen Aktionären zu einem Preis angeboten, der unter dem Börsenkurs lag. Dadurch ist der Kurs der alten Aktien gesunken. Diese Kursrückgänge werden nun bei der Neuberechnung des Index ausgeschaltet. Sie wirkten sich nur bei einem Teilindex stärker aus, beim Gesamtindex ergab sich nur eine kleine Änderung. Der neue Index ist von Juli bis Jänner um 1,6% gestiegen, während der alte um 1,4% höher wäre. Trotzdem wurde der Index auf die neue Berechnungsart umgestellt, weil in Zukunft wahrscheinlich noch häufiger Kapitalerhöhungen dieser Art erfolgen werden. In der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel, wo in den letzten Jahren viele Gesellschaften ihr Kapital auf diese Weise erhöhten, sind die unbereinigten Kursdurchschnitte von Ende 1953 bis Ende 1956 um 75% gestiegen, der von Bezugsrechtsabschlüssen bereinigte Aktienindex aber um 85%.

Zinn und Zink waren um 3% und 2% teurer. Reuters Index für Sterlingwaren ist von Jahresbeginn bis Ende Jänner um 1,4% auf 496,7 und Moody's Index für amerikanische Industrierohstoffe um 2,8% auf 428,6 zurückgegangen. Die beiden Indizes lagen Ende Jänner nur noch um 3,1% und 4,1% höher als im Vorjahr.

### Londoner Rohwarennotierungen

(1. bis 31. Jänner)

	Veränderung in %
Kautschuk	-16,7
Kakao	-6,4
Kupfer	-5,4
Baumwolle	-2,9
Sojaöl	-2,7
Blei	-1,4
Kaffee	-0,2
Zink	+2,2
Zinn	+2,5
Wolle	+4,3

Die Entwicklung der Seefrachten war uneinheitlich. Während die Frachtraten für amerikanische Kohle weiter zurückgingen (vor allem seit der Freigabe von amerikanischen Reserveflottenschiffen zur kommerziellen Verwendung), zogen die Getreidefrachten infolge der starken europäischen Getreideinfuhren wieder etwas an. Mitte Jänner betragen die Kohlenfrachten von Amerika nach Rotterdam 14 \$ je t, ebenso viel wie Mitte November; die Getreidefrachtsätze auf der gleichen Linie lagen hingegen mit 17,5 \$ je t um rund 6% höher. Infolge der allgemeinen politischen Entspannung haben die meisten Versicherungsgesellschaften die Kriegsrisikoprämien zum Teil wieder gesenkt.

Die ausländischen Stahlpreise, die schon seit Monaten steigen, wurden zum Teil wieder erhöht. Im Jänner steigerten die Montan-Unionländer ihre Exportmindestpreise für Walzwarenlieferungen in die Schweiz um 2 bis 7% und die Mindestpreise für die Ausfuhr von Warmbandeisen und Röhrenstreifen nach dritten Ländern (im Anschluß an die allgemeine Neuregelung zu Jahresende) um 3%. Nachdem schon im Dezember die italienischen Inlandspreise für Walzwerkserzeugnisse um 4 bis 19% und die britischen um durchschnittlich 6% erhöht worden waren, stiegen nun auch die belgischen Inlandspreise um durchschnittlich 8%. Außerdem wird mit einer neuerlichen Stahlpreiserhöhung in der amerikanischen Stahlindustrie gerechnet, da wegen der Verteuerung der Lebenshaltungskosten vermutlich schon im Jänner eine automatische Lohnerhöhung für die amerikanischen Stahlarbeiter in Kraft treten wird.

Auf dem *Inlandsmarkt* hält der Preisauftrieb weiter an, da Kostensteigerungen, wie höhere Löhne oder

die Verteuerung von Rohstoffen und Brennmaterial, großteils überwält werden.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete Index der *Großhandelspreise* blieb zwar von Mitte Dezember bis Mitte Jänner unverändert, doch waren Preiserhöhungen zahlreicher als Preisermäßigungen. Obwohl Pferdefleisch (7%), Gerste (2%), Weizen und Roggen (je 1%) teurer wurden, ging der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel um 0,5% zurück, da sich die Verbilligung von Schweinefleisch (3%) stärker auswirkte. Dadurch wurde auch die Erhöhung des Teilindex für Industrierohstoffe (0,8%) kompensiert, bei dem die Verteuerung von Braunkohle (9%), Koks (8%) und Wolle (2%) stärker ins Gewicht fiel als die Verbilligung von Kautschuk (8%) und Zinn (1%).

Der vom Institut für den Stichtag 15. Jänner berechnete Index der *Lebenshaltungskosten* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist hingegen um 2,4% gestiegen. Der Teilindex für Nahrungsmittel stieg um 3,6%, da sich die Verteuerung von Gemüse (60%), Äpfeln (5%) sowie Kalbfleisch und Hülsenfrüchten (je 4%) stärker auswirkte als die Verbilligung von Speckfilz (12%), Eiern (8%), Rindfleisch (4%) und Speiseöl (1%). Die Teilindizes für Bildung und Unterhaltung, Beheizung und Beleuchtung und für Haushaltsgegenstände stiegen um 7,1%, 3,5% und 0,2%, da Tageszeitungen (22%), Schulhefte (10%), Koks (9%) und Wassergläser (8%) teurer wurden.

Mitte Jänner lag der Lebenshaltungskostenindex um 5,2% höher als Mitte Jänner 1956. Mit Ausnahme der Teilindizes für Wohnung und Verkehrsmittel haben sich die Preise für alle Aufwandgruppen erhöht.

#### Steigerung der Lebenshaltungskosten seit Jänner 1956

	%
Nahrungsmittel	6,2
Genußmittel	2,6
Wohnung	0,0
Beheizung und Beleuchtung	6,9
Bekleidung	2,4
Haushaltsgegenstände	5,7
Reinigung und Körperpflege	6,7
Bildung und Unterhaltung	12,6
Verkehrsmittel	0,0
Gesamtindex	5,2

Neben den Indexwaren haben sich noch viele andere verteuert. Für eine dritte Gruppe von Waren sind Preiserhöhungen angekündigt oder sonst in absehbarer Zeit zu erwarten.

Die ÖBB haben mit Wirkung vom 21. Jänner verschiedene Ausnahmetarife erhöht, wodurch sich insbesondere die Fracht für Kohle um etwa 15% verteuert. Der Kohlenhandel hat diese Mehrbelastung

bereits auf die Verbraucher überwält. Außerdem trat mit 1. Feber ein neuer Durchfuhrtarif für Auslandsfrachten in Kraft, dessen Sätze um durchschnittlich 20% höher liegen als für den Bahnverkehr mit Inlandwaren. Da von dieser Erhöhung auch Waren betroffen sind, die in Österreich veredelt werden, hat sich die ÖBB bereit erklärt, in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen ausländische Durchfuhrgüter von der höheren Belastung ganz oder teilweise auszunehmen.

Die Papierindustrie erhöhte ab 1. Feber ihre Preise um einen sogenannten Brennstoffzuschlag, der mit der Verteuerung von Kohle und Fracht begründet wird; er schwankt je nach Papiersorte zwischen 2 und 7% (Für Rotationspapier wird der Brennstoffzuschlag schon seit Jahresbeginn und für Pappe seit Mitte Jänner eingehoben.) Die papierverarbeitende Industrie erklärte daraufhin, daß sie diese Kostenerhöhung und die Lohnsteigerungen nicht aus eigenem tragen könne. Sie steigerte ihre *Erzeugerpreise* um durchschnittlich 10%. Auch die Erzeuger von Hohlglas erhöhten die Listenpreise unter Hinweis auf die Verteuerung von Kohle und ausländischem Heizöl einheitlich um 8%. Die Bekleidungsindustrie hat für die kommende Frühjahrs- und Sommerkollektion vielfach um etwa 2 bis 5% höhere Preise festgelegt, da die Stoffpreise gestiegen sind.

Im *Kleinhandel* wurden verschiedentlich Charmeusegarnituren und Damenunterkleider um 4 bis 7%, Teller um 3% und Haarbürsten um 2% teurer. Einige Firmen haben angekündigt, daß sie die Pumpenpreise für ausländisches Superbenzin bei gleichzeitiger Erhöhung der Oktanzahl um etwa 6% hinaufsetzen werden.

Über verschiedene Tarifregulierungen wird derzeit beraten, einige Tarife wurden schon geändert. Die Landeselektrizitätsgesellschaften haben darauf hingewiesen, daß sie die 20%ige Erhöhung des Verbundstromtarifes im Mai auf die Verbraucher abwälzen müssen, da sonst die Erschließung der Wasserkräfte nicht fortgesetzt und selbst der gegenwärtige Stand der Stromversorgung nicht mehr aufrechterhalten werden könnte. In Kärnten wurde mit Wirkung vom 1. Jänner die seinerzeitige Strompreissenkung von 1952 rückgängig gemacht und die im Jahre 1951 festgesetzten amtlichen Höchstpreise wieder eingeführt. Auch die Wiener Gaswerke haben die den Großabnehmern eingeräumten Rabatte mit 1. Februar um 30% gekürzt. Einige Städte bereiten eine umfassende Neuregelung der Straßenbahn- und sonstiger Tarife vor<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Die Straßenbahntarife in Linz wurden bereits mit 15. Februar um durchschnittlich 20% erhöht.

Trotz einem stärkeren Auftrieb von Kälbern waren die Lebendgewichtpreise im Jänner um 6% höher als im Vormonat. Lebende Rinder waren im Großhandel ebenfalls teurer (3%), während Schweine weniger kosteten (2%). Die Letztverbraucherpreise für Rind- und Schweinefleisch blieben annähernd stabil, wogegen der Preis für Kalbfleisch um 1 bis 7% stieg. Schweinefleisch, Rindfleisch und Kalbfleisch kosteten bis zu 6%, 8% und 16% mehr als im Jänner 1956. Zur Deckung der Lohnerhöhungen im Fleischerge- werbe wurde den Fleischbauern gestattet, ab 17. Jän- ner die Preise für bessere Schweinefleischsorten (Schopfbraten, Karree, Schulter, Schlängel, Schinken und Teilsames) zu erhöhen.

Gemüse und Obst sind weiterhin überwiegend teurer als vor einem Jahr. Bei geringerem Gesamtan- gebot an Obst (ausländisches Obst wurde im Jänner zwar um 18% mehr, inländisches dagegen um 38% weniger auf die Wiener Märkte gebracht als im Vor- jahr) kosteten Birnen um 13 bis 29%, Äpfel um 4 bis 14%, Maroni um 15% sowie Mandarinen und Oran- gen um 8 bis 9% mehr als im Jänner 1956. Zitronen und Bananen waren hingegen um 2% und 17% billi- ger. Gemüse wurde um etwa ein Drittel weniger an- geliefert als im Vorjahr. Vogerlsalat kostete mehr als das Doppelte, Kohlsprossen, Weißkraut und Stengel- spinat um etwa drei Viertel, ausländischer Endivien- salat um rund zwei Drittel, ausländischer Karfiol, Spi- nat und Häuptelsalat um annähernd die Hälfte und Kohl um fast ein Drittel mehr als im Vorjahr. China- kohl, inländische Zwiebeln und Karotten waren um 22%, 14% und 9% teurer; nur Rotkraut war um 2% billiger als im Jänner 1956.

Die *Lohnbewegung* setzte sich an der Jahres- wende mit unverminderter Stärke fort. Die neuen Kollektivverträge tragen in zunehmendem Maße der Tendenz zur Entnivellierung Rechnung. Die Fleisch- arbeiter konnten nach langen Verhandlungen eine Lohnerhöhung um 7 bis 20%, rückwirkend ab 1. De- zember, erreichen. Die Friseure in Wien und Kärnten erhalten seit Mitte Dezember um 5 bis 10% höhere Löhne, da in diesen Ländern die Friseurtarife seit der letzten Lohnerhöhung im Juni wieder gestiegen sind. Im gleichen Zeitpunkt wurden auch die Lohnsätze der Arbeiter im Spirituosenerzeugungsgewerbe um 1 bis 19%, in den Feigwarenbetrieben um 4 bis 9% und in den Nahrungsmittelbetrieben um 4 bis 15% erhöht (Diese Regelung gilt in allen drei Sparten vorläufig nur für Wien, Niederösterreich und Burgenland.) Mit Jahresbeginn wurden den Kinoarbeitern in der Steiermark um 5 bis 11%, in Oberösterreich um 5 bis 15% und in Kärnten um 10 bis 20% höhere Löhne

zugestanden. Die Arbeiter in den Obst- und Gemüse- verwertungsbetrieben setzten mit Ende Jänner Lohn- erhöhungen von 4 bis 25% durch.

Zahlreiche Angestelltengruppen konnten — den Arbeitern folgend — ihre Bezüge ebenfalls verbessern. Die Mindestgrundgehälter der Angestellten in den eisen- und metallverarbeitenden Zweigen sowie in der Berg- und Hüttenindustrie wurden mit Jahresbeginn um 2 bis 22% erhöht. Die Angestellten in der Papier- industrie, die schon im Oktober eine 7%ige Erhöhung der Kollektivvertragsätze mit Anrechnung auf die Effektivgehälter durchsetzten, konnten neuerlich ihre Grundbezüge ab 1. Jänner je nach Verwendungs- gruppe um 1 bis 19% verbessern. Die gleiche Rege- lung gelang auch den Chemieangestellten ab 1. De- zember. Gleichfalls mit Anfang Dezember wurden die Gehälter der Angestellten in den Mühlen und in der Süßwarenindustrie um 6% und 4% erhöht. Die Be- züge der Angestellten in den Privatforsten sollen je- nen in den Bundesforsten bis 1958 in zwei Etappen angeglichen werden. Die erste „Nachziehung“ erfolgte rückwirkend mit Anfang November und brachte eine durchschnittliche Gehaltserhöhung von 15% mit sich. Mit Jahresbeginn erhalten die Versicherungsangestell- ten um 15% und die Angestellten in den Wiener Lichtspieltheatern um 8% höhere Bezüge. Den An- gestellten in der Fleisch- und Wurstwarenerzeugung wurde als Überbrückungshilfe bis zum Abschluß der Lohnverhandlungen eine einmalige Sonderzahlung in der Höhe von 20% des Novembergehaltes gewährt. Die genannten Angestelltengruppen umfassen zu- sammen rund 10% aller Privatangestellten.

Einige Lohnverhandlungen sind noch im Gange (Arbeiter im Schuhmachergewerbe, Angestellte in der Papierverarbeitung). Außerdem wurden mehrere neue Lohnforderungen angemeldet, über die vorläufig noch nicht verhandelt wurde (z. B. Handelsangestellte, An- gestellte in der Bauindustrie sowie in der Fleisch- und Wurstwarenerzeugung).

Der Index der *Arbeiter-Nettotariflöhne* (für Ver- heiratete mit zwei Kindern) ist im Jänner nur auf Grund der Erhöhung des Werbungskostenpauschales geringfügig um 0,05% (mit Kinderbeihilfen) und 0,06% (ohne Kinderbeihilfen) gestiegen, weil er keine Arbeiterkategorien enthält, deren Löhne im Berichts- monat erhöht wurden und weil einmalige Sonderzah- lungen (Weihnachtsremunerationen, Urlaubszuschüsse usw.) im Index nicht berücksichtigt werden. Seit Jän- ner 1956 hat sich der Tariflohnindex mit Kinderbei- hilfen um 3,4% und ohne Kinderbeihilfen um 4,1% erhöht.

## Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 51 bis 511

Der *Herbstanbau* 1956 war etwas umfangreicher als im Vorjahr. Es wurden – dem Österreichischen Statistischen Zentralamt zufolge – 477.600 ha mit Winterfrüchten bestellt (466.500 ha im Jahre 1955), die Aussaat von Weizen und Roggen nahm um 3% und 0,4%, von Gerste und Raps um 19% und 5% zu. Die Klee- und Kleeegrasschläge (244.700 ha) waren um 3% kleiner. Die Saaten erlitten bisher keine Schäden, da die Witterung relativ mild war und die Pflanzen während der Frostperiode unter einer Schneedecke geschützt lagen. Die strengen Sperr- und Schutzmaßnahmen gegen die *Maul- und Klauenseuche* haben sich bisher als wirksam erwiesen. Die Seuche hatte bis Mitte Jänner nur 118 landwirtschaftliche Betriebe in Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg erfaßt, 2.217 Tiere, davon 1.326 Rinder wurden sofort geschlachtet, rund 250.000 Klautiere in diesen Gebieten geimpft.

Da der Handel vom 1. Juli bis Ende November 1956 um 39.224 t oder 18% mehr *Mineraldünger* bezog als im Jahre 1955, kann angenommen werden, daß die Landwirtschaft die Düngung zur Herbstsaat verstärkt hat. Der Absatz von Kali-, Phosphat- und Volldünger stieg um 40, 20 und 14%, der von Stickstoffdünger ging um 8% zurück. An Düngekalk wurden 50.372 t, um 23% größere Mengen verkauft als im vorigen Jahr.

Im Dezember wurden 1.350 *Traktoren* produziert und 58 Traktoren importiert, 718 Stück wurden zum Verkehr zugelassen und 269 Stück exportiert. Die Landwirtschaft gab im IV. Quartal 92,4 Mill. S für Traktoren aus, 35% und 6% weniger als im gleichen Quartal 1955 und 1954. Dennoch lag der Wert der Investitionen im Kalenderjahr 1956 mit 562 Mill. S um 10% und 71% über den entsprechenden Werten von 1955 und 1954, da die Lieferungen im I. Halbjahr 1956 Rekordhöhen erreicht hatten.

Die *Umsätze an Weizen auf Grund des neuen Internationalen Weizenabkommens* sind stark gestiegen. Nach den Angaben des Internationalen Weizenrates konnten die Exportländer vom 1. August 1956 bis 4. Jänner 1957 um 840.000 t oder 28% mehr Weizen absetzen als in der gleichen Periode 1955/56. Damit verkauften sie 48% der um 2,76 Mill. t (26%) kleineren Jahresquote gegen 28% im Vorjahr. Einige Importländer haben ihre Jahresquoten bereits voll in Anspruch genommen (Indien, Dänemark), andere zum größten Teil (Bundesrepublik Deutschland), manche aber überhaupt noch nicht (z. B. Österreich). Die USA setzten 52%, Kanada 31%, Australien 14% und Schweden 3% der gesamten Weizenmengen ab;

die garantierten Quoten verteilen sich demgegenüber: USA 44%, Kanada 34%, Australien 10%, Frankreich 5%, Argentinien 5% und Schweden 2%. Durch die verstärkten Weizenexporte, den Rückgang der Saatflächen an Winterweizen in den USA (–19%) und Frankreich (–12%) sowie die niedrigere Weizenernte auf der südlichen Erdhälfte werden sich die überaus hohen Weizenvorräte in den Exportländern nach längerer Zeit wieder etwas verringern. In den USA wurde weniger Weizen gesät – die Anbaufläche ist die niedrigste seit 1913 –, weil das Bodenbankgesetz den Farmern hohe Ausgleichszahlungen bei freiwilligem Anbauverzicht garantiert, und in Frankreich vermutlich wegen der überaus schweren Frostschäden im Winter 1955/56.

Österreich benötigt im Wirtschaftsjahr 1956/57 verhältnismäßig geringe Mengen ausländischen *Brotgetreides*; im 2. Halbjahr 1956 wurden nur 121.207 t Weizen und 2.013 t Roggen importiert, 59% und 14% der Einfuhrmengen vom 2. Halbjahr 1955. Obwohl im Dezember 1956 um 5% weniger inländisches Brotgetreide angeboten wurde als im Vorjahr (Weizen –13%, Roggen +10%), übertraf die Marktleistung im 2. Halbjahr jene von 1955 um 84.040 t oder 25% (52.213 t Weizen [+23%], 31.827 t Roggen [+27%]). Um die Jahreswende betrug die Lagerbestände an Weizen (Inlandsaufbringung + Einfuhr) rund 215.000 t, an Roggen 60.000 t, sie reichten für 150 und 95 Tage (Ende 1955 161.400 und 42.600 t bzw. 113 und 68 Tage).

Da der steigende Bedarf an ausländischen *Futtermitteln* mit der Einfuhr nicht Schritt hielt, verringerten sich die Vorräte an Futtergetreide und Ölsamen zum Jahresende auf ungefähr die Hälfte des Vorjahres. Nur Kleie und Futtermehl wurden bedarfsdeckend angeboten. Man hofft aber, durch erhöhte Importe den Futtermittelmarkt bald entspannen zu können. Gemäß Auslandshilfegesetz erhielt Österreich 5 Mill. \$ für Mais aus den USA; dieser Betrag reicht für 60.000 t. Im Handelsabkommen mit der UdSSR ist im Jahre 1957 eine Einfuhr von 110.000 t Mais und 20.000 t Futtergerste vorgesehen. Die Importe in den letzten Monaten stammten größtenteils aus den USA, kleinere Mengen lieferten Kanada, Ungarn und Jugoslawien.

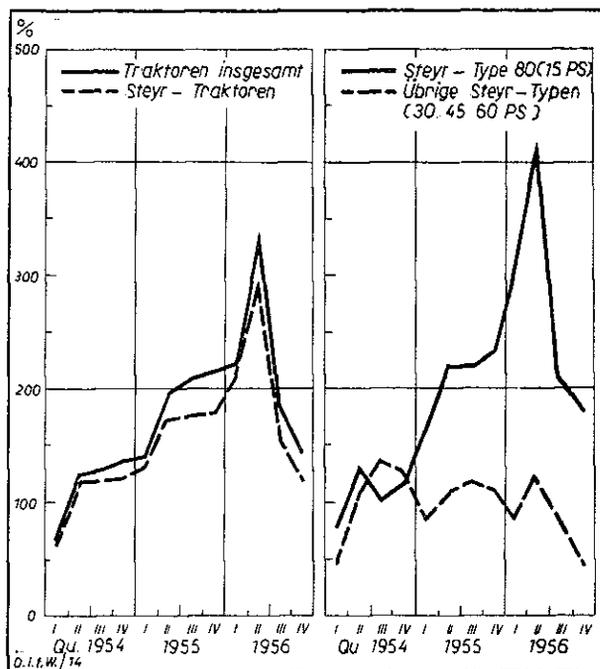
Im Dezember wurden 98.228 t *Milch* an die Molkereien geliefert, um 14% mehr als im gleichen Monat 1955. Die Marktproduktion an Butter (1.989 t) lag um ein Drittel, die an Käse (1.065 t) um ein Fünftel über dem Vorjahresniveau. Auch im Jänner 1957 waren die Milchlieferungen nach vorläufigen Berichten um mehr als 10% höher als im vorigen Jahr. Die Marktproduktion an Milch im Jahre 1956 betrug

nach den Angaben des Milchwirtschaftsfonds 1 21 Mill. t oder 106% von 1955, an Butter wurden 22 647 t (+ 11%), an Käse 15 880 t (+ 9%) erzeugt. Die gesamte Milchproduktion nahm im Jahre 1956, dem Österreichischen Statistischen Zentralamt zufolge, ebenfalls zu, jedoch nicht so stark wie die Marktleistung: In der Grünfütterperiode (1. Mai bis 30. November) erhöhte sich die Produktion von Milch gegenüber dem Vorjahr um 27.000 t (18%), die Marktleistung aber um 41 322 t (59%). Mit der Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch wurde der Milchverbrauch in den landwirtschaftlichen Haushalten offenbar eingeschränkt und die Lieferung an die Molkeereien forciert

Die anhaltend hohe Marktproduktion an Milch und die Abfettung der Trinkmilch werden je länger je mehr zu einem heiklen Problem. Die größte Sorge bereitet den zuständigen Stellen der Absatz des Butterüberschusses, der für 1957 auf mindestens 4.000 t veranschlagt wird. Im Jänner lagen schon 1 350 t Butter auf Vorrat. Wohl ist die Ausfuhr von 400 t Butter nach Rumänien gesichert. Im übrigen sind aber die Exportchancen gering. Der Milchwirtschaftsfonds behält von den Landwirten nunmehr wieder 3 Groschen je Liter Milch (von S 1 90) für den „Krisenfonds“ ein, um Exportbutter billiger abgeben zu können. Dieser geringe Preisabschlag wird den Milchstrom zu den Molkeereien aber kaum drosseln, und damit das Problem des Butterüberschusses nicht lösen. Bisher lehnten die Konsumentenvertreter die Vorschläge der Landwirtschaft – Auffettung der Trinkmilch auf 3 5%, Abgabe vollfetter Vorzugsmilch, Herabsetzung des Wassergehaltes bei Butter von 18% auf 16% – ab, weil diese Maßnahmen Preiserhöhungen zur Folge hätten.

Das Fleischangebot in Wien, das im November und Dezember 1956 um 5% und 6% höher war als im Jahre 1955, blieb im Jänner 1957 geringfügig (um 0 4%) niedriger. Die Großhandelspreise für Schlachtvieh konnten sich daher – zum Unterschied vom Vorjahr – behaupten. Die Lieferungen von Schweinen und Rindern waren im Wochendurchschnitt um 19% und 9% kleiner, von Kälbern um 6% größer als im Dezember, im Vergleich zu Jänner 1956 um 2% und 14% niedriger bzw. um 10% größer. Die niedrigeren Auftriebe von Schlachtvieh wurden durch eine stärkere Beschickung des Marktes mit Fleisch und Fleischwaren und durch höhere Lebendgewichte der Tiere zum Teil ausgeglichen, auch konnte das Angebot durch Vorräte aus dem Vormonat ergänzt werden. Das Inland brachte weniger Schweine (-30%) und Rinder (-15%), jedoch mehr Kälber (+13%) nach Wien als im vorigen Jahr, das Ausland mehr Schweine

Neuzulassungen von Traktoren  
(Normaler Maßstab;  $\phi$  1953 = 100)



Mit Jahresbeginn 1955 nahm die Nachfrage nach schwachen Traktoren sprunghaft zu, weil viele, besonders aber die kleinen Bauern den billigen Agrarsonderkredit nützten. Damals hinkte die österreichische Traktorenproduktion dem Bedarf stark nach. Für Bestellungen, die Ende 1955 aufgegeben wurden, vereinbarte man noch Lieferfristen bis zu fünf Monaten. Als der Sonderkredit im Frühjahr 1956 aufgebraucht war und die Nachfrage nach Traktoren zurückging, hatten aber die Werke ihre Produktion schon so stark erhöht, daß sie nicht nur die laufenden, sondern auch die alten Bestellungen kurzfristig ausliefern konnten. Seither stagniert die Nachfrage auf einem Niveau, das nur geringfügig höher liegt als im Jahre 1954. Da der Lagerbestand inzwischen viel zu groß geworden ist, muß die Produktion bis auf den Stand von 1955 eingeschränkt werden.

(13.411 gegen 506 Stück) und Rinder (28 gegen 0). Auch in den nächsten Monaten wird das Inland infolge geringerer Schweineschlachtungen und wegen der Sperrmaßnahmen zur Verhütung der Seuchenschleppung weniger Schlachtvieh und Fleisch nach Wien liefern als im Jahre 1956<sup>1)</sup>.

### Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die österreichische Wirtschaft konnte trotz allen Schwierigkeiten beim Bezug ausländischer Kohle und ausländischen Heizöles bis Jahresende ohne schwerere Störungen mit Energie versorgt werden. Dank übersaisonnmäßig reichlicher Wasserführung der Flüsse konnten die Wasserkraftwerke im Dezember 539 Mill. kWh Strom erzeugen, um 127 Mill. kWh mehr als

<sup>1)</sup> Siehe Die Fleischversorgung im Jahre 1957 in diesem Monatsbericht S. 31 ff

im gleichen Monat des Vorjahres. Die Dampfkraftwerke mußten nur 187 Mill. kWh (61 Mill. kWh weniger als im Dezember 1955) liefern und konnten dadurch ihre Kohlenvorräte schonen. Von der kalorischen Stromerzeugung stammten 99 Mill. kWh aus inländischer Braunkohle und 70 Mill. kWh (37%) aus Erdgas. Ende Dezember verfügten die Dampfkraftwerke über Vorräte von fast 219.000 t Kohle (SKB), die unter normalen Bedingungen, zusammen mit den laufenden Kohlenanlieferungen, den Bedarf auch im Hochwinter decken werden.

Die gesamte Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke war mit 726 Mill. kWh um 10%, der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz mit 729 Mill. kWh um 9% höher als im Vorjahre. Der Stromtausch mit dem Ausland war in beiden Richtungen viel höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Export erreichte 70 Mill. kWh oder doppelt so viel und der Import 77 Mill. kWh, das sind 68% mehr als im Dezember 1955.

In der zweiten Dezemberhälfte wurde im Dampfkraftwerk Voitsberg (Steiermark) ein neuer Großmaschinensatz von 65.000 kW in Probetrieb genommen, der in den nächsten Monaten den Mangel an kalorischer Kraftwerkskapazität fühlbar mildern wird.

Nach den bisher vorliegenden vorläufigen Zahlen war die gesamte Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke im Jahre 1956 um 10% höher als im Jahre 1955, und zwar bei Wasserkraftstrom um 11% und bei Dampfstrom um 7%. Die Zuwachsrate des Stromverbrauches war im Jahresdurchschnitt mit fast 9% noch immer ungewöhnlich hoch.

Die Kohlenversorgung wurde auch im Dezember allen dringenden Ansprüchen gerecht, so daß Versorgungsschwierigkeiten oder Produktionsstörungen aus Kohlenmangel vermieden wurden. In erster Linie ist dies den anhaltend hohen Importen amerikanischer Kohle zu danken, die trotz Schiffsraummangel in gewohnter Höhe bezogen werden konnte. Die gesamte Kohleneinfuhr war im Dezember mit fast 482.000 t (SKB) etwas größer als im November und um 7% höher als im Dezember 1955. Während die Lieferungen an Steinkohle aus den einzelnen Bezugsgebieten annähernd im Umfange des Vormonates eintrafen (nur die Importe aus den USA waren höher), sank die Braunkohleneinfuhr um mehr als ein Drittel, weil die Lieferungen mitteldeutscher Braunkohlenbriketts (DDR) fast ganz eingestellt und die tschechischen Braunkohlenbezüge um fast 20% gekürzt wurden. Die Kokseinfuhr wurde durch Käufe in Holland gegenüber November um ein Viertel gesteigert.

Der inländische Bergbau lieferte im Dezember um 5% weniger Kohle als im November, weil zwei

Arbeitstage weniger waren. Auf Arbeitstage umgerechnet war die Dezemberförderung die bisher höchste.

Aus Inlandsförderung und Importen wurde die österreichische Wirtschaft im Dezember mit insgesamt 750.000 t Kohle (SKB) beliefert, um 1% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Diese Mengen reichten nur deshalb, weil die wichtigsten Großverbraucher in den Wintermonaten auch von Vorräten zehrten und die Bundesbahnen – zum Teil allerdings aus Kostengründen – den Verkehr einschränkten.

Im Jahre 1956 erreichte der gesamte Kohlenverbrauch in Österreich fast 8,5 Mill. t, 4% mehr als im Jahre 1955. Während bis vor einem Jahr der heimische Bergbau einen entscheidenden Beitrag zur Deckung des Bedarfszuwachses leistete, konnte er im Jahre 1956 der Wirtschaft nur um 1% mehr Kohle liefern und damit knapp 9% des Bedarfszuwachses bestreiten. Neun Zehntel der zusätzlichen Nachfrage mußten durch Importe befriedigt werden, die insgesamt um 7% zunahm. Der Anteil der Inlandskohle am Gesamtverbrauch sank dadurch von 40% im Jahre 1955 auf 38% im Jahre 1956.

Der Heizölmangel ist nach wie vor kaum zu überbrücken. Die Erzeugung der inländischen Raffinerien reicht bei weitem nicht aus, den gesamten Bedarf (ein Fünftel wird exportiert) zu decken. Im Dezember erhielten die Verbraucher 64.000 t inländisches und rund 9.000 t ausländisches Heizöl. Im gleichen Monat des Vorjahres waren es über 103.000 t (weil noch überschüssiges Rohöl verarbeitet werden konnte und Lager verfügbar waren) und 17.000 t. Selbst nur kleine Mengen Heizöl von der OEEC zu beziehen, war unmöglich, weil sich der Preis frei österreichische Grenze auf fast das Dreifache des Inlandspreises ab Raffinerie gestellt hätte.

An übrigen Erdölprodukten besteht kein Mangel. Normalbenzin ist ausreichend verfügbar und auch bei Superbenzin ergaben sich bisher keine Lieferstörungen. Der Plan, den Preis für Superbenzin, das größtenteils importiert wird, zu erhöhen, wurde zurückgestellt, weil der Preis für Inlandsware fest blieb. In den absatzschwachen Wintermonaten ist es gelungen, Vorräte für das Frühjahr anzulegen.

Mit Dieselloil, Petroleum und Schmierölen wird der Markt ausreichend versorgt. Qualitätsöle (Markenöle) konnten, so wie früher, bedarfsdeckend eingeführt werden.

Nach den verfügbaren vorläufigen Zahlen hat die österreichische Wirtschaft im Jahre 1956 etwa gleich viel Heizöl (dank hohen Lieferungen im I. Quartal), um 34% mehr Benzin und um 22% mehr Dieselloil bezogen als im Jahre 1955.

## Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 51 bis 530

Die seit Beginn 1956 spürbare Abschwächung der industriellen Expansion wurde im IV Quartal von einer verhältnismäßig guten Herbstsaison abgelöst. Der Index der Industrieproduktion war auch in den letzten drei Monaten 1956 (nach vorläufigen Zahlen) um fast 4% höher als im Vorjahre. Die einzelnen Zweige entwickelten sich jedoch nach wie vor sehr uneinheitlich und die Anpassungsschwierigkeiten und Nachfragestörungen griffen auf weitere Teilbereiche der Industrie über. Nach der Gießereindustrie und der Fahrzeugindustrie, die schon seit dem Sommer unter Absatzschwierigkeiten leiden, verursachen nun die bevorstehenden Investitionskürzungen der öffentlichen Hand in der Elektroindustrie stärkere Absatzsorgen. Vor allem jene Sparten, die überwiegend auf öffentliche Investitionsaufträge angewiesen sind, haben im Jänner Arbeiter entlassen und die Erzeugung eingeschränkt.

Die Expansion der Exporte, die bisher auf breiter Front erfolgte und es fast allen von Rückschlägen der Inlandsnachfrage betroffenen Zweigen erlaubte, ihre Produktion aufrechtzuerhalten und sogar weiter zu steigern, hält zwar noch immer an — die Industrie exportierte im IV Quartal um 15% mehr Waren als im Vorjahre —, begünstigt aber nur noch einzelne Industriezweige. Während z. B. die Maschinenindustrie auch im IV. Quartal 1956 noch um fast 22% und die Eisenwaren- und Metallwarenindustrie um fast 26% mehr exportierten als im Vorjahre und dadurch Nachfrageausfälle im Inlande überkompensieren konnten, schrumpfte der Exportvorsprung in der Elektroindustrie auf knapp 7% zusammen und der Export von Verkehrsmitteln war sogar um 5% geringer. In diesen Bereichen wird daher die Schwäche der heimischen Investitionsgüternachfrage allmählich fühlbar.

In den Konsumgüterindustrien ist die Entwicklung gleichfalls uneinheitlich. Die Konjunktur im IV. Quartal wurde hauptsächlich von der inländischen Nachfrage getragen. Die Textilproduktion war im Oktober und November durchschnittlich um 12% höher als im Vorjahre, die Ausfuhr im IV Quartal nur um 5%.

In der Schuhindustrie und in der Nahrungsmittelindustrie erhielt die Herbstsaison ebenfalls kräftige Impulse aus dem Inland. In beiden Zweigen spielen Exporte nur eine untergeordnete Rolle. Weniger günstig entwickelte sich das Geschäft mit dauerhaften Konsumgütern. Wohl hat sich die Möbelindustrie von der schwachen Sommersaison wieder erholt und im Oktober und November um 8% und 4% mehr

erzeugt als in den gleichen Vorjahresmonaten. Auch die konsumorientierten Zweige der Elektroindustrie meldeten in der gleichen Zeit höhere Produktionsergebnisse. Dagegen erlitt die Nachfrage nach Personalfahrzeugen (Motorräder, Roller, Mopeds und Fahrräder) und nach Konsumgütern der eisen- und metallverarbeitenden Zweige schwere Rückschläge.

Nur in den Grundstoffindustrien, die durchwegs stark exportorientiert sind, sichert die Gesamtnachfrage durchwegs weiter die volle Ausnutzung der vorhandenen Produktionsanlagen.

Die vorsichtige Beurteilung der künftigen Wirtschaftsentwicklung spiegelt sich in den Rohwarenkäufen deutlich wider. Im IV. Quartal bezog die österreichische Wirtschaft um 7% weniger Rohstoffe (ohne Kohle) aus dem Ausland als im Vorjahr, obwohl die Industrie mehr produzierte als damals, die inländischen Rohstoffquellen seit langem voll ausgelastet sind und daher bei steigender Produktion eher mit überproportionalen Importsteigerungen zu rechnen wäre. Kreditrestriktionen, die schwächere Ertragslage der Unternehmungen und die verstärkte Beanspruchung der vorhandenen Betriebsmittel zur Absatzfinanzierung zwingen die Betriebe vielfach, ihre Rohstoffvorräte zu reduzieren. Bezugs- oder Transportschwierigkeiten wegen der Suezkanal Sperre haben sich bisher — außer auf dem Energiesektor — kaum ergeben.

Auch die Nachfrage nach inländischen Rohstoffen und Halbwaren, besonders Holz und Eisen, hat nachgelassen. Allerdings ist hier der Exportsog der nach wie vor fast unbegrenzt aufnahmefähigen Auslandsmärkte sehr stark.

Der Produktionsaufschwung im letzten Quartal wurde mit den vorhandenen Belegschaften bewältigt. Der Gesamtbeschäftigtenstand der Industrie, der bis zum III. Quartal stetig zugenommen hatte, wurde im November und Dezember sogar geringfügig vermindert. Der Produktivitätsindex (Produktion je Beschäftigten) stieg im Oktober und November gleich stark wie die Produktion und war in den beiden Monaten um 3% und 4% höher als im Vorjahre. Im Durchschnitt des ersten Dreivierteljahres 1956 lag er nur um knapp 1% über dem Stand von 1955. Wie die Entwicklung in der letzten Zeit schließen läßt, reagieren die Unternehmer nun schon viel rascher auf Marktschwankungen und passen ihren Beschäftigtenstand schneller den veränderten Produktionsbedingungen an als in den zurückliegenden Monaten. (Im Verlaufe des 2. Halbjahres 1956 haben selbst die von Konjunkturrückschlägen am stärksten betroffenen Zweige nur wenig oder überhaupt keine Arbeitskräfte entlassen.)

Im November ist die Produktion (nach Arbeitstagen gerechnet) in allen Industriezweigen, außer der

Baustoffindustrie, gestiegen. Der saisonbereinigte Index der Industrieproduktion nahm gegenüber Oktober um fast 3% zu und war um 5% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Unter dem Vorjahresstand blieb die Erzeugung in den Metallhütten sowie in der Gießerei-, Fahrzeug- und chemischen Industrie. Die stärksten Steigerungen (gegenüber dem November des Vorjahres) meldeten: eisenschaffende Industrie (19%), Magnesitindustrie (19%), Maschinenindustrie (12%), Textilindustrie (12%) und Nahrungs- und Genussmittelindustrie (15%). Die übrigen Industriezweige haben den Vorjahresstand knapp erreicht oder nur wenig überschritten.

Der österreichische Bergbau (ohne Erdöl) produzierte im IV. Quartal um 2% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt 1956 wurde das Vorjahr um 3% überboten. Den Hauptanteil an der Produktionsausweitung hat der Eisenerzbergbau (+ 15%). Diese Leistung war nur dank größeren Investitionen möglich. Sie reichten aber trotzdem nicht aus, den stark erhöhten Bedarf der eisenschaffenden Industrie zu decken.

Der Braunkohlenbergbau hat mit 6,7 Mill. t die Förderung von 1955 nur noch wenig (um 2%) übertraffen. Die Anlagen waren schon im Vorjahre voll ausgelastet. Für größere Investitionen, mit deren Hilfe die Erzeugung vielleicht noch in gewissen Grenzen hätte gesteigert werden können, fehlte das Kapital.

Stärkere Produktionssteigerungen seit 1955, wie z. B. bei Bauxit (15%), Quarzit (20%) und Kieselgur (22%), fallen wegen der Kleinheit dieser Bergbauzweige nicht ins Gewicht.

Im Erdölbergbau blieb die Rohölförderung auch im Dezember um 5% unter der des Vorjahres, während die Erdgasförderung, dem höheren Bedarf der beiden Hauptabnehmer entsprechend, gesteigert wurde und mit 73,3 Mill. m<sup>3</sup> um 6% höher war. Im ganzen Jahr 1956 wurde, bei ständig sinkender Förderung, um 7% weniger Rohöl ausgebracht als im Jahre 1955.

Durch ein großzügiges Investitionsprogramm (dessen Verwirklichung allerdings zum Teil von verschiedenen Bedingungen abhängt, wie z. B. der Klärung der Ansprüche aus den Wiener Memoranden) hofft die ÖMV, den Förderabfall im Jahre 1957 in einer Größenordnung von etwa 7% halten zu können (vgl. dazu: Die Investitionspläne der Erdölwirtschaft, S. 16).

Die Förderung von Erdgas kann noch stark gesteigert werden. Die dafür notwendigen Bohrungen, vor allem in dem großen Erdgasfeld von Zwerndorf (an der March) können wohl in verhältnismäßig kurzer Zeit abgeteuft werden. Der Transport der zusätz-

lich gewonnenen Erdgasmengen zu den Verbrauchern erfordert aber weit mehr Kapital als für die Steigerung der Förderung aufgewendet werden muß. Auch braucht man für den Bau der notwendigen Einrichtungen (Kompressorstationen, Gasbehälter, Fernleitungen, Verteilernetze und schließlich die notwendigen Einrichtungen bei den Verbrauchern) viel Zeit. Es ist daher fraglich, ob die für 1957 vorgesehene Steigerung der nutzbaren Erdgasabgabe um etwa zwei Drittel tatsächlich erreicht werden kann. Derartige Gasmengen könnten nur abgesetzt werden, wenn neue Großverbraucher rasch in den Gasbezug eingeschaltet werden.

Die bisher angemeldeten Ansprüche wichtiger Konsumenten und Konsumentengruppen auf Erdgasbezug übersteigen zwar bei weitem die nach dem gegenwärtigen Stand der erschlossenen Reserven erwartete Höchstproduktion (etwa 1,2 bis 1,5 Mrd. m<sup>3</sup> pro Jahr). Die beträchtlichen Spannungen, die sich aus dem großen Unterschied zwischen der angemeldeten Nachfrage und dem künftigen Angebot ergeben, werden durch die Unklarheit über die Erdgaspreise zusätzlich verschärft. Wiewohl man ziemlich sicher annehmen kann, daß der Wärmepreis des Erdgases im Vergleich zu anderen Energieträgern verhältnismäßig niedrig sein wird (wenn man zudem die durch den Suezkonflikt zusätzlich erhöhten Vergleichspreise heranzieht), dürften sich doch viele zukünftige Verbraucher allzusehr an den bisher von den beiden Wiener Großverbrauchern bezahlten Preisen für Erdgas orientiert haben, als sie ihre Bezugswünsche anmeldeten. Besonders in einigen Gebieten Niederösterreichs, wo man den Erdgasbezug anstrebt, die Verbrauchsdichte aber nur verhältnismäßig gering ist, weil Großverbraucher fehlen, wird man mit erheblich höheren Preisen (auch für Industriebetriebe) rechnen müssen. Da durch die Beilegung des Konfliktes zwischen ÖMV und NIOGAS die Besitzrechte in der Erdgaswirtschaft geklärt worden sind, werden wahrscheinlich bald brauchbare Angaben über die zu erwartenden Erdgaspreise vorliegen, so daß die Konsumenten ihre Bedarfsmeldungen an Hand konkreter Kalkulationen überprüfen können.

Die Magnesitindustrie steht dank hoher Inlandsnachfrage und ausgezeichneten Exportchancen nach wie vor in der Hochkonjunktur. Im Jahre 1956 konnte sie ihre Erzeugung gegenüber dem Vorjahre um 11% steigern. Die Rohmagnesitförderung stieg erstmals seit dem Bestehen der Magnesitindustrie auf mehr als 1 Mill. t und war um 9% höher als im Jahre 1955. Die Produktion von Sintermagnesit und Magnesitsteinen konnte ebenfalls neue Rekorde erzielen (um 12% und 18% mehr als im Jahre 1955), während die

Erzeugung von kaustisch gebranntem Magnesit geringfügig zurückging

Die *eisenschaffende* Industrie hat im November den durch einen Streik verursachten Produktionsrückschlag vom Oktober überwunden. Ihr Produktionsindex stieg auf den neuen Rekordstand von 397 (1937=100) und war damit um 19% höher als im November 1955. Im einzelnen betrug der Produktionszuwachs gegenüber der gleichen Vorjahreszeit bei Roheisen 24%, Rohstahl 18% und Walzware 19%

Die Inlandsaufträge auf Kommerzware haben in den letzten beiden Monaten, für die Daten verfügbar sind (Oktober und November), etwas zugenommen, waren aber noch immer geringfügig niedriger als die laufenden Lieferungen der Erzeugerwerke. Der Bestand an Inlandsaufträgen wird durch Stornieralter Aufträge laufend verringert. Anfang Dezember 1956 war er um 16% niedriger als vor einem Jahr. Mehr als die Hälfte der Auftragsbestände entfällt auf die noch immer knappen Materialien wie Stab-, Fasson-, Betoneisen und Torstahl. Der Bestand an Aufträgen für diese Produkte war um 8% höher als im Vorjahre, während er bei Fein- und Grobblechen um 43% und 37% niedriger war.

*Metallhütten* und *Metallhalbzeugindustrie* sind unverändert gut beschäftigt. Die Erzeugung von Rohmetallen wird durch die verfügbaren Kapazitäten begrenzt. Ende 1956 lag sie geringfügig über dem Vorjahre. Die Erzeugung von Kupfer- und Aluminiumhalbzeug war im Durchschnitt der Monate Oktober und November um 8% und 4% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Produktion von *Fahrzeugen* stagniert auf dem Niveau, das nach den schweren Rückschlägen in den Sommermonaten erreicht wurde. Im Oktober und November war sie durchschnittlich um 26% niedriger als vor einem Jahr. Die Nachfragekrise hat praktisch alle Sparten erfaßt. Selbst die Erzeugung von Mopeds, die im Vorjahr in großem Stil aufgenommen wurde und ursprünglich fast unbegrenzte Absatzchancen vorzufinden schien, mußte stark gedrosselt werden. Im November war sie bereits um 43% niedriger als zur Zeit des Höchststandes Mitte 1956 und sogar geringer als im November des Vorjahres, obwohl sie damals erst kurz vorher in größerem Umfang angelaufen war.

Die *Maschinenindustrie* hat gegen Jahresende unerwartet gut abgeschnitten. Da die Bestellungen aus dem Inlande und die gesamten Auftragsbestände stark abnahmen, hatte man im IV. Quartal mit Produktionseinbußen gerechnet. Tatsächlich aber wurde im Oktober und November (im Durchschnitt) um 7% mehr produziert als im Vorjahre. Dieser Vorsprung

dürfte auch im Dezember gehalten worden sein. Dieses günstige Ergebnis war nur möglich, weil die Maschinenindustrie – im Gegensatz zu anderen Industriezweigen, die ebenfalls von Rückschlägen der Inlandsnachfrage betroffen wurden – auch im IV. Quartal noch eine ungewöhnlich hohe Expansionsrate im Export erzielte. Sie exportierte wertmäßig um fast 22% mehr als im gleichen Vorjahresquartal.

Ähnlich günstiger Exportbedingungen erfreute sich auch die *Eisenwaren-* und *Metallwarenindustrie*. Die Knappheit auf dem europäischen Stahlmarkt und die konkurrenzlos niedrigen Einkaufspreise der heimischen Eisenverarbeiter sicherten vor allem den Erzeugnissen mit hohem Materialanteil an den Gesamtkosten günstigeren Absatz. Wertmäßig war der Eisenwaren- und Metallwarenexport im IV. Quartal um 26% höher als vor Jahresfrist.

Hingegen scheinen die Möglichkeiten der *Elektroindustrie*, ihren Export auszuweiten, weitgehend erschöpft zu sein. Vor allem die von den Investitionskürzungen öffentlicher Stellen stark betroffenen Sparten (wie z. B. die Telefonindustrie, die Kabelindustrie und die von den Elektrifizierungsarbeiten der Bundesbahnen abhängigen Zweige) können nur selten exportieren. Wichtige Unternehmungen der Elektroindustrie haben Anfang 1957 Arbeitskräfte entlassen, weil ihre Aufträge für die Aufrechterhaltung des bisherigen Beschäftigtenstandes nicht ausreichen. Wider Erwarten günstig entwickeln sich einige konsumorientierte Branchen. Die Radioindustrie hat die Jahresproduktion im Oktober und November um durchschnittlich 14% überboten. In der gleichen Zeit wurden um 4% mehr Glühlampen, 114% mehr Kühlschränke und 13% mehr Elektrospeicher erzeugt als im Vorjahre.

Die *Papierindustrie* blieb bis Jahresende voll ausgelastet. Durch Rationalisierungen konnte sie im Jahre 1956 um 3% mehr erzeugen als im Vorjahre. Der Produktionszuwachs betrug bei Papier 5% (Rotationspapier 27%) und bei Holzschliff 12%. Zellulose und Pappe wurden knapp gleich viel erzeugt wie 1955. Die Erzeugung von graphischen Papieren ging um 11% zurück.

Die *papierverarbeitende* Industrie profitiert von den steigenden Ansprüchen der Konsumenten an die Verpackung und von der allgemeinen Ausweitung der Umsätze in konsumnahen Wirtschaftszweigen. Im Oktober und November wurden um 11% mehr Verpackungsmaterialien aus Papier, 10% mehr andere Papierwaren und um 29% mehr Briefumschläge und konfektioniertes Briefpapier erzeugt als im Vorjahre.

Die im Sommer beobachtete Marktschwäche der *holzverarbeitenden* Industrie hat sich nicht wie be-

fürchtet verstärkt, sondern ist bald wieder von steigender Nachfrage abgelöst worden. Fast alle Sparten haben inzwischen wieder den Vorjahresstand überschritten und sind gut ausgelastet. Die Möbelindustrie produzierte im Oktober und November um 30% mehr vollständige Küchen- und Zimmereinrichtungen und um 70% mehr Einzeilmöbel. Auch die von der Bautätigkeit abhängigen Zweige waren im allgemeinen mit Winteraufträgen besser versorgt als im Vorjahre. So wurden z. B. (in der gleichen Zeit) um 70% mehr Türen und Fenster erzeugt als im Jahre 1955.

Die *Schuhindustrie* hat auch in der Herbstsaison 1956 den beträchtlichen Vorsprung gegenüber dem Vorjahr gehalten. Sie erzeugte im Oktober und November insgesamt über 14 Mill. Paar Lederschuhe, um 130% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Auch die *ledererzeugende Industrie* hat in der letzten Zeit, zum Teil dank modisch bedingten Nachfrageverlagerungen, mehr an den Produktionssteigerungen der verarbeitenden Zweige partizipiert als noch im Vorjahr. Die Erzeugung von Maßware (Oberleder) war im Oktober und November um 120% und die von Bodenleder um 19% höher als im Vorjahr. Nur die Erzeugung technischer Lederartikel konnte wegen der Konkurrenz durch Ersatzprodukte die Produktion des Vorjahres nicht erreichen.

Obwohl die Exporte der *Textilindustrie* – seit etwa zwei Jahren die wichtigste Quelle der Produktionsausweitung – im IV. Quartal 1956 nur noch um 50% höher waren als im Vorjahre, war die Produktion im Oktober und November um 120% höher. Trotz anhaltend starker Importkonkurrenz hat die Textilindustrie daher gegen Jahresende von der Inlandsnachfrage starke Impulse erhalten. Sie wirkten sich vor allem auf die Baumwollindustrie aus, die (Durchschnitt Oktober und November) um 140% mehr Garne und 70% mehr Gewebe erzeugen konnte als im Vorjahre. In der Wollindustrie blieb die Erzeugung knapp unter dem Vorjahre.

#### Die Investitionspläne der Erdölwirtschaft

Die *Österreichische Mineralölverwaltungs-A. G.* (ÖMV) hat kürzlich ihre Investitionspläne für das Jahr 1957 fertiggestellt. Danach sollen 687 Mill. S. (brutto) investiert werden. Diese Summe scheint überraschend hoch zu sein, da sie etwa 40 bis 45% des zu erwartenden Bruttoumsatzes (ohne Ablöselieferungen) beträgt und überdies aus eigenen Erträgen, ohne Beanspruchung des Kapitalmarktes, aufgebracht werden soll.

Obwohl noch kein Finanzierungsplan vorliegt und auch keine exakten Unterlagen über die Ertragslage der ÖMV bekannt sind, steht fest, daß die Preis-

Kosten-Situation in den der ÖMV angehörenden Betrieben im Durchschnitt derzeit noch ungewöhnlich günstig ist, weil der größte Teil der Produktion aus jungen Feldern stammt. Wenn die betriebsfremden Belastungen (wie etwa die Stützung des Milchpreises) nicht verlängert werden und der Förderzins (anstelle der kostenlosen Ablöselieferungen) in erträglichen Grenzen festgelegt wird, könnte die ÖMV in den nächsten zwei oder drei Jahren wahrscheinlich leicht Mittel in der angeführten Größenordnung erwirtschaften, ohne in größerem Umfang den Kapitalmarkt beanspruchen zu müssen. Später werden der Rückgang der Förderung und die steigenden Kosten die Erträge rasch verschlechtern, so daß dann Investitionen ähnlicher Größe keinesfalls mehr aus eigenem finanziert werden können.

Die relativ hohen Zahlen dürfen allerdings nicht dazu verleiten, den Umfang des Investitionsprogramms zu überschätzen. Ein großer Teil der vorgesehenen Mittel ist für Arbeiten bestimmt, die zur Aufrechterhaltung der Produktion unbedingt erforderlich sind, und kann wahrscheinlich aus den normalen Abschreibungsquoten (nach Erstellung einer realistischen Eröffnungsbilanz) finanziert werden. Außerdem sind in einigen Sparten die Ansätze der geplanten Investitionen mehr oder weniger fiktiv, weil sie erst durchgeführt werden könnten, bis die offenen Fragen des Wiener Memorandums geklärt sind (wofür vorläufig noch kein Termin abzusehen ist). Das Gesamtprogramm wird daher im Jahre 1957 wahrscheinlich nur zum Teil realisiert werden.

Von den 687 Mill. S. werden 137 Mill. S. für Raffinerieinvestitionen und 50 Mill. S. als Reserve für unvorhergesehene Aufwendungen (Preissteigerungen usw.) abgezweigt. 500 Mill. S. verbleiben als Bruttoinvestitionen in der übrigen Erdölwirtschaft. Die ÖMV beziffert den Nachholbedarf an unbedingt nötigen Ersatzanschaffungen (in den Förderbetrieben, im Kraftfahrpark, auf dem Erdgassektor, im Straßenbau und in zentralen Abteilungen) mit 130 Mill. S. Die Nettoinvestitionsquote wird verhältnismäßig klein sein.

Die meisten Mittel erfordern die *Bohrungen* sowie die Bohr- und Förderbetriebe (insgesamt 409 Mill. S.). Sie dienen allein dazu, die laufende Produktion soweit aufrechtzuerhalten, daß man nur mit einem 70%igen Rückgang der Förderung im Jahre 1957 rechnen muß.

Geplant sind 125 Produktionsbohrungen mit einer Gesamttiefe von 192 000 m, davon allein 119 im Ölfeld Matzen, die restlichen in Aderklaa, Mühlberg und Süßenbrunn. Ferner sind 33 Aufschlußbohrungen mit zusammen 47 000 m vorgesehen, und zwar in den Gebieten Rabensburg, Spannberg, Palterndorf, Seyring, Gerasdorf, Glinzendorf und Kagan. 10 Strukturbohrungen von je 700 m sollen zur Untersuchung des geologischen Profils abgeteufelt werden.

Außer den reinen Bohrkosten für die programmierten Sonden erfordert vor allem die Umstellung bisher

eruptiver Sonden auf Pumpbetrieb große Aufwendungen (158 Mill. S). Sie sind notwendig, wenn die Förderung nicht noch stärker sinken soll. Etwa ein Viertel der in den Bohr- und Förderbetrieben geplanten Investitionen (ohne Bohrkosten rund 60 Mill. S) werden als „Nachholbedarf“ bezeichnet und sind dazu bestimmt, von der SMV vernachlässigte Anlagen instand zu setzen oder zu erneuern.

Um die Erdgasförderung zu erhöhen, will man in Zwerndorf vier neue Bohrungen niederbringen und damit die Trockengasförderung in diesem Feld auf 15 Mill.  $m^3$  pro Tag steigern. Zur Verwertung der anfallenden Gasmengen müssen einige Leitungen gebaut werden, darunter als wichtigste eine von Zwerndorf nach Schwechat (Voraussetzung für eine verstärkte Gasabgabe im südlichen Niederösterreich oder an die Steiermark). Auch im Ölgebiet ist eine neue Leitung vorgesehen, und zwar von Rabensburg über Mühlberg nach Ladendorf. Außerdem ist es notwendig, zusätzliche Kompressorstationen und andere Hilfeinrichtungen zu schaffen, ehe man das vermehrt anfallende Gas den Verbrauchern zuführen kann.

Für 1957 rechnet man mit einer gesamten Gasförderung von 800 bis 1.000 Mill.  $m^3$  von der etwa 700 bis 850 Mill.  $m^3$  den Verbrauchern zugeführt werden sollen, das ist etwa um die Hälfte mehr als im Jahre 1956. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, hängt vor allem davon ab, ob rasch genug neue Großverbraucher — etwa die Raffinerien — in den Gasbezug eingeschaltet werden können, weil der Ausbau weitmaschigerer Versorgungsnetze, sei es in Niederösterreich oder in der Steiermark, kaum so rasch erfolgen kann, daß noch im heurigen Jahr ein entsprechender Absatz erreicht wird.

Im Endausbau, der im Jahre 1958 erreicht werden soll, rechnet das Investitionsprogramm mit einer Jahresförderung von 1.450 Mill.  $m^3$  Gas, von dem nach Abzug des Eigenverbrauches etwa 1.250 Mill.  $m^3$  (150% mehr als 1956) für den Verbrauch verfügbar sein sollen.

Mit Investitionen in den Raffinerien in Höhe von 137 Mill. S soll deren Wirtschaftlichkeit gesteigert und die Verarbeitungskapazität der heimischen Nachfrage entsprechend ausgeweitet oder modernisiert werden. Unter anderem denkt man an eine Reforming-Anlage, in der die Qualität des heimischen Benzins verbessert werden könnte, sowie an eine Entparaffinierungsanlage und an Anlagen für die Selektivraffination, um hochwertige Schmieröle herstellen zu können. Schließlich sollen die Raffinerien auf die Verwendung von Erdgas als Wärmequelle (anstelle von Heizöl) umgestellt und ihre völlig veralteten Feuerungs- und Kesselanlagen modernisiert werden.

Obwohl das Investitionsprogramm, soweit es die Raffinerien betrifft, ziemlich bescheiden ist, wird es im Laufe dieses Jahres kaum verwirklicht werden können, weil man mit allen Arbeiten, die für die Aufrechterhaltung des Betriebes nicht unbedingt erforderlich sind, zuwarten muß, bis die Eigentumsfragen geklärt sind. Erst wenn entschieden ist, welche Raffinerien Österreich (und damit der ÖMV) endgültig verbleiben, wird man größere Anlagen planen und ihren Standort festlegen können. Falls sich einige Grundvoraussetzungen entscheidend ändern, wird dann das Investitionsprogramm neu erstellt oder modifiziert werden müssen.

## Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.6

Nach der außergewöhnlichen Belebung im November war der Geschäftsgang des Einzelhandels im Dezember wieder ziemlich normal. Wohl setzte das Hauptgeschäft später als sonst ein und die Umsätze nahmen von November auf Dezember, wie zu erwarten war, weniger zu (+ 43%) als in den Vorjahren (+ 60%). Die Zuwachsrate gegenüber 1955 war aber mit 5% annähernd so hoch wie in den Monaten März bis Oktober (+ 6%). Diese Zunahme der Umsätze geht allerdings zum Teil auf Preissteigerungen (insbesondere von einzelnen Lebensmitteln, Hausrat, Lederwaren, Schmuckgegenständen) zurück. Die Mengenumsätze waren im Dezember nur um etwa 2% höher als im Vorjahr, in der Zeit von März bis Oktober aber um 4 bis 5%.

Entgegen verschiedenen Befürchtungen haben die zusätzlichen Ausgaben der Konsumenten für Vorratskäufe im November die Nachfrage im Dezember verhältnismäßig wenig beeinträchtigt. Dafür können verschiedene Gründe angeführt werden: Die Vorratskäufe waren im ganzen nicht sehr bedeutend<sup>1)</sup>, beschränkten sich auf einen relativ kleinen Kreis von Konsumenten und entfielen hauptsächlich auf Waren, die gerade im Feiertagsbedarf der Haushalte eine untergeordnete Rolle spielen (Mehl, Teigwaren, Reis, Fette, Zucker). Dadurch wurden die Vorräte sehr langsam abgebaut. Außerdem wurden die Angstkäufe überwiegend aus Haushaltsreserven und Spareinlagen finanziert und haben die Kaufkraft im Dezember kaum geschmälert. Für die Weihnachtseinkäufe wurden vor allem die verschiedenen Weihnachtsspendungen verwendet, die im Jahre 1956 bedeutend höher waren als im Vorjahr, teils weil größere Arbeitnehmergruppen solche Zuwendungen erst im Laufe des Jahres durchsetzen konnten, teils weil die Löhne und Gehälter gestiegen sind. Aber auch die Sparvereine haben im Jahre 1956 mehr an ihre Mitglieder ausbezahlt als im Vorjahr<sup>2)</sup>.

Das Gesamtergebnis des Weihnachtsgeschäftes (November und Dezember zusammen) war relativ besser als in den vorherigen Saisonabschnitten. Im Durchschnitt der Monate November und Dezember waren die Umsätze wertmäßig um 9% und mengenmäßig um etwa 6% höher als im Vorjahr, in der

<sup>1)</sup> Schätzungen über den Umfang der Vorratskäufe im November siehe Monatsberichte, Heft 12, Jg. 1956 S. 410 f.

<sup>2)</sup> Die Sparkassen, bei denen 80 bis 85% der gesamten Sparvereinsbeiträge eingelegt werden, zahlten im Jahre 1956 an 4.500 Sparvereine mit 400.000 Mitgliedern insgesamt 253 Mill. S aus, um 22 Mill. S mehr als im Jahre 1955. Der Zuwachs der Auszahlungen war allerdings geringer als ein Jahr vorher (+ 41 Mill. S).

## Einzelhandelsumsätze nach Verkaufsperioden

Branchengruppe	Jänner/ Februar	März/ Mai	Juni/ August	September/ Oktober	November/ Dezember
	Veränderungen 1956 gegen 1955 in %				
Nahrungs- und Genußmittel	+ 9,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 6,8	+ 12,6
Tabakwaren	+ 13,5	+ 13,8	+ 12,6	+ 6,2	+ 3,1
Bekleidung	+ 9,6	+ 5,2	+ 8,0	+ 3,3	+ 7,2
Wohnungseinrichtung und Hausrat	+ 16,4	+ 13,9	+ 8,6	+ 11,9	+ 6,5
Sonstiges	+ 14,1	- 0,3	+ 3,5	+ 1,6	+ 5,8
Einzelhandel insgesamt	+ 10,8	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,1	+ 9,3
Dauerhafte Konsum- güter	+ 14,7	+ 4,7	+ 6,0	+ 7,8	+ 5,7
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 10,2	+ 6,4	+ 6,6	+ 5,7	+ 9,8

Frühjahrs-, Sommer- und Herbstsaison lagen sie aber immer nur um 6 bis 7% (wertmäßig) und 4 bis 5% (mengenmäßig) darüber. Dieses günstige Ergebnis geht hauptsächlich auf die erhöhte Nachfrage nach Nahrungsmitteln zurück, während Wohnungseinrichtung und Hausrat sowie Tabakwaren schlechter abschnitten als in den anderen Verkaufsperioden. Im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung erzielten Nahrungsmittel wert- und mengenmäßig die stärkste Umsatzsteigerung unter allen Branchengruppen. Die schon seit März beobachtete Verlagerung des Konsums zugunsten nichtdauerhafter Konsumgüter — sie wurde nur in der Herbstsaison vorübergehend unterbrochen — hat sich dadurch zu Jahresende noch verstärkt.

Wie bisher schnitten auch im Dezember die *Warenhäuser* allgemein besser ab als die *Fachgeschäfte*. Wohl sind von November auf Dezember die Umsätze in manchen Warenhausabteilungen (Bekleidung, Wohnungseinrichtung und Hausrat) weniger gestiegen als in den entsprechenden Fachgeschäften, sie haben jedoch gegenüber Dezember 1955 durchwegs stärker zugenommen. So waren in den Warenhäusern die Verkäufe von Bekleidung um 10%, von Wohnungseinrichtung und Hausrat um 12% und von „sonstigen Waren“ um 18% höher als im Vorjahr, in den Fachgeschäften aber nur um 2%, 6% und 2%. Außerdem war die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr in den Warenhäusern annähernd so hoch wie im Durchschnitt der Vormonate, in den Fachgeschäften jedoch meist etwas geringer. Dagegen war der Geschäftsgang in den großen Lebensmittel-filialbetrieben, die im November von den Angstkäufen besonders profitiert hatten, schwächer als in den kleinen und mittleren Einzelgeschäften. Während die Umsätze der Filialbetriebe gewöhnlich von November auf Dezember viel stärker steigen als die der Einzelgeschäfte, nahmen sie heuer annähernd in gleichem Umfang zu (+ 36% gegen + 35%). Die Umsätze des Vorjahres wurden in den Filialbetrieben um 5% übertroffen, in den Einzelgeschäften aber um 7%. Demgegenüber entwickelte sich der Schuhabsatz in Filialbetrieben

und Einzelgeschäften annähernd gleich: Die Verkäufe erhöhten sich von November auf Dezember ebenso wie in den Vorjahren in den Einzelgeschäften stärker (+ 47%) als in den Filialgeschäften (+ 31%); sie waren in beiden Betriebsformen um 2% niedriger als vor einem Jahr.

Der Saison entsprechend nahmen von den erfaßten *Branchengruppen* die Umsätze der unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Waren, die sich gut zum Schenken eignen, von November auf Dezember am stärksten zu. Im Vergleich zum Vorjahr schnitten dagegen Nahrungs- und Genußmittel sowie Wohnungseinrichtung und Hausrat am besten ab. Die Vorratskäufe vom November haben den Absatz von *Lebensmitteln* im Dezember nicht beeinträchtigt. Erwartungsgemäß sind zwar die Umsätze von November auf Dezember schwächer gestiegen (+ 35%) als saisonüblich (+ 55%), sie waren aber ebenso wie im Durchschnitt der Monate März bis Oktober um 6% höher als im Vorjahr.

Dagegen ließ die Nachfrage nach *Bekleidung* infolge der überhöhten Käufe im Vormonat relativ etwas nach. Die Umsätze nahmen von November auf Dezember um 52% zu (in den Jahren 1954 und 1955 um durchschnittlich 71%) und waren nur um 3% höher als im Vorjahr, gegen 6% im Durchschnitt März bis Oktober. Besonders schwach gingen Schuhe. Die Umsätze der Fachgeschäfte waren um 43% höher als im November (im Durchschnitt der Jahre 1954 und 1955 um 73%), aber um 2% geringer als im Vorjahr (von März bis Oktober um 5% höher). Mit diesem Rückgang wurden allerdings bloß die erhöhten Käufe vom November wieder ausgeglichen: in beiden Monaten zusammen waren die Umsätze um 4% höher als im Vorjahr. Textilien, die von der Nachfragebelebung im November relativ wenig betroffen worden sind, wurden um 64% mehr verkauft als im Vormonat (in den Jahren 1954 und 1955 um durchschnittlich 79%) und um 3% mehr als im Vorjahr (von März bis Oktober um 5%). Nur Wäsche, Wirk- und Strickwaren, deren Absatz im November vor allem wegen der kalten Witterung außergewöhnlich lebhaft war, gingen relativ schlecht: die Umsätze des Vorjahres wurden im Dezember nur um 1% übertroffen, gegen 10% in der Zeit von März bis Oktober. Aber auch im November und Dezember zusammen wurde diese Zuwachsrate nicht erreicht (+ 5%).

Der Geschäftsgang des Einzelhandels mit *Wohnungseinrichtung und Hausrat* blieb hinter den Saison-erwartungen zurück, obwohl er auch schon im November enttäuscht hatte. Die Verkäufe nahmen im Dezember um 40% zu (in den Jahren 1954 und 1955 um durchschnittlich 47%) und waren nur um 6%

höher als im Vorjahr, während sie in der Zeit von März bis Oktober um 11% darüber lagen. Seit November hat vor allem die Nachfrage nach Elektrowaren, die bis dahin lebhafter war als die nach anderen Haushaltsartikeln, stark nachgelassen. Die Umsätze waren im Dezember um 6%, im November und Dezember sogar nur um 3% höher als im Vorjahr, in den Monaten März bis Oktober aber um durchschnittlich 19%. Es scheint, daß die verstärkte Technisierung der Haushalte, die seit 1954 anhält und durch die verschiedenen „Elektrogeräteaktionen“ stark gefördert wurde, fühlbar abzuebben beginnt, nicht zuletzt als Folge der Beschränkung dieser Aktionen durch die allgemeine Kreditrestriktion. Aber auch die Zuwachsraten der Umsätze von Möbeln (+ 6%), Teppichen, Möbel- und Vorhangstoffen (+ 4%) waren in den Monaten November und Dezember durchwegs niedriger als in den früheren Verkaufsperioden. Dagegen gingen Hausrat, Glas und Porzellan besser als bisher: die Umsätze waren in der Weihnachtssaison um 11% höher als im Vorjahr, in der Zeit von März bis Oktober aber nur um 6%.

Der Absatz der unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Waren nahm im Dezember insgesamt um 93% zu (im Durchschnitt der Vorjahre um 105%) und war um 4% höher als im Vorjahr. Da der Geschäftsgang auch im November relativ gut war, fiel das gesamte Weihnachtsgeschäft in dieser Branchengruppe besser aus als in den vorherigen Verkaufsperioden: die Umsätze waren um 6% höher als im Vorjahr, in der Frühjahrs-, Sommer- und Herbstsaison aber nur um durchschnittlich 2%. Die einzelnen Branchen schnitten allerdings sehr ungleich ab: Photoartikel (+ 15%), Fahrräder, Motorräder und Fahrzeugzubehör (+ 12%), Lederwaren (+ 10%), Papierwaren (+ 3%), Uhren und Schmuckwaren (+ 3%) erzielten im November und Dezember zum Teil beträchtlich höhere Umsätze als im Vorjahr, während Parfumerie- und Drogeriewaren um 5% und Bücher um 3% weniger verkauft wurden. Der anhaltend gute Geschäftsgang der Photobranche deutet darauf hin, daß mit dem wachsenden Lebensstandard die Zahl der Photofreunde rasch zunimmt. Außerdem stellen sich viele der bisherigen Photoamateure auf Farbfilm- oder Schmalfilmkameras um, wodurch immer neuer Bedarf entsteht.

Am schwächsten war das Weihnachtsgeschäft mit *Tabakwaren*. Die Umsätze nahmen im Dezember um 16% zu gegen 22% saisongemäß und waren nur um knapp 1% höher als im Vorjahr, während sie seit September um 6% darüber lagen.

Da sich erfahrungsgemäß das Weihnachtsgeschäft in den Bundesländern stärker auf den Dezember kon-

zentriert als in Wien, war die *regionale* Umsatzentwicklung sehr unterschiedlich. In den meisten Branchen nahmen von November auf Dezember die Umsätze in Wien schwächer zu als in den Bundesländern und auch die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr waren meist geringer, obwohl die Bundesländer schon im November besser abgeschnitten hatten. Nur Parfumerie- und Lederwaren gingen in Wien besser, vor allem weil hier mehr Luxusgegenstände gekauft wurden.

Der Anteil der *Dezemberumsätze am Jahresumsatz* war im Jahre 1956 allgemein geringer als in den Vorjahren, da sich die Einzelhandelskonjunktur im Laufe des Jahres abgeschwächt hat. Von den gesamten Wertumsätzen entfielen trotz leicht steigender Preistendenz im Jahre 1956 13,6% auf den Dezember gegen rund 14% in den Jahren 1954 und 1955. Mengemäßig ging der Anteil sogar von 14% auf 13,3% zurück. Der Rückgang war bei den dauerhaften Konsumgütern (von 15,0% auf 14,1%) stärker als bei den nichtdauerhaften (von 13,8% auf 13,5%). In der Elektrobranche, deren Absatz sich Ende des Jahres besonders abgeschwächt hat, entfielen im Jahre 1956 nur 15,8% auf den Dezember, gegen 17,9% und 17% in den Vorjahren.

#### Anteil der Dezemberumsätze am Jahresumsatz des Einzelhandels

Branchengruppe bzw. Branche <sup>1)</sup>	1954	1955	1956
	in % (wertmäßig)		
Nahrungs- und Genußmittel	12,2	12,6	12,4
Tabakwaren	9,9	10,1	9,2
Bekleidung	18,1	17,4	16,9
Textilien	18,4	17,8	17,4
Meterware	16,2	14,8	14,9
Oberbekleidung	16,1	15,3	15,1
Wäsche-, Wirk- und Strickwaren	23,0	22,9	21,3
Gem. Sortiment	19,0	18,9	18,4
Schuhe	18,5	17,7	16,4
Wohnungseinrichtung und Hausrat	15,4	14,5	13,9
Möbel	13,2	11,8	11,3
Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe	15,5	14,9	14,2
Hausrat, Glas, Porzellan	16,3	15,8	15,9
Elektrowaren	17,9	17,0	15,8
Sonstiges	16,1	15,7	15,7
Fahrzeuge	6,6	6,1	7,6
Photoartikel	12,4	11,4	11,9
Lederwaren	23,6	22,8	24,1
Parfumerie- und Drogeriewaren	12,8	13,1	12,2
Papierwaren	17,6	16,7	15,1
Bücher	16,1	16,8	16,0
Uhren- und Schmuckwaren	26,4	25,1	24,3
Einzelhandel insgesamt	14,0	13,9	13,6
Dauerhafte Konsumgüter	15,0	14,4	14,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter	13,8	13,8	13,5

<sup>1)</sup> Aufgliederung nach Untergruppen nur für den Fachhandel.

Der außergewöhnlich lebhafteste Geschäftsgang des Einzelhandels im November spiegelt sich auch in den *Umsatzsteuereingängen* für Dezember teilweise wider. Der Bruttoertrag an Umsatzsteuer (einschließlich Rückvergütung) nahm im Dezember um 2% auf 684

Mill. S zu, während er im Durchschnitt der Jahre 1953 bis 1955 um 2% zurückgegangen war, und lag um 10% über dem Vorjahr (im November um 2%, in den Monaten August bis Oktober um durchschnittlich 9%). Da jedoch die Rückvergütungen für Ausfuhrlieferungen im Dezember 1956 um 60% zu-, im Vorjahr aber um 38% abgenommen haben, ist der Nettoertrag von November auf Dezember um 7% zurückgegangen und erreichte nicht ganz den Vorjahresstand (-0,4%)

An *Verbrauchssteuern* gingen im Dezember 212 Mill. S ein, um 9% weniger als im Vormonat, aber um 7% mehr als im Vorjahr. Gegenüber November hat, hauptsächlich saisonbedingt, die Biersteuer um 38% und die Mineralölsteuer um 11% abgenommen, während die Weinsteuer um 18% mehr und die Tabaksteuer gleich viel einbrachte. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr entfällt ausschließlich auf die Mineralölsteuer (+24%). Dagegen brachte die Weinsteuer um 11%, die Tabak- und Biersteuer um je 2% weniger ein als vor einem Jahr.

#### Insolvenzen im Jahre 1956

Die Insolvenzstatistik spiegelt in den letzten Jahren den Konjunkturablauf bemerkenswert gut wider. Der steile Aufschwung seit 1953 ließ die Zahl der gerichtlich ausgetragenen Insolvenzfälle (Konkurse plus gerichtliche Ausgleichs abzüglich Anschlußkonkurse) bis 1955 um 22% und die Gesamtzahl der Insolvenzen (einschließlich abgewiesene Konkursanträge und außergerichtliche Ausgleichs) um 11% sinken. Mit dem Nachlassen der Expansion im Jahre 1956 nahm die Zahl der notleidenden Betriebe wieder leicht zu; sie war jedoch noch immer geringer als in den Jahren 1953 und 1954.

Im Jahre 1956 wurden 731 Insolvenzfälle gerichtlich ausgetragen, um 54 (8%) mehr als im Vorjahr, aber um 140 (16%) weniger als im Jahre 1953. Die Zahl der Konkurse nahm nur um 1% zu, die der Ausgleichs (ohne Anschlußkonkurse) aber um 19%. Dadurch ist im Gegensatz zur Entwicklung in den Vorjahren der Anteil der Konkurse an der Gesamtzahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren von 63% im Jahre 1955 auf 59% im Jahre 1956 gesunken, er war aber noch immer höher als im Jahre 1953 (53%). Der höhere Anteil der Ausgleichs an den Insolvenzverfahren deutet darauf hin, daß im Jahre 1956 latente Zahlungsschwierigkeiten rascher aufgedeckt wurden als im Vorjahr. Das ist teils auf die wachsende Verbreitung des vorbeugenden Kreditschutzes durch „Gläubiger-Gemeinschaften“ zurückzuführen, teils aber auch darauf, daß die Gläubiger bei nachlassender Konjunktur im allgemeinen wachsamer sind als bei starkem wirtschaftlichem Aufschwung.

#### Insolvenzen in Österreich<sup>1)</sup>

	1953	1954	1955	1956	1956 in % von	
					1953	1955
Konkurse	464	473	427	433	93,3	101,4
Gerichtliche Ausgleichs	506	412	385	438	86,6	113,8
Anschlußkonkurse <sup>2)</sup>	-99	-77	-135	-140	141,4	103,7
Gerichtliche Insolvenzverfahren insgesamt	871	808	677	731	83,9	108,2
Außergerichtliche Ausgleichs <sup>3)</sup>	62	59	46	49	79,0	106,5
Abgewiesene Konkursanträge <sup>4)</sup>	487	514	543	478	98,1	88,0
Gesamtzahl der Insolvenzen	1.420	1.381	1.266	1.258	88,6	99,4

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870 - <sup>2)</sup> Ausgleichs die in Konkurse umgewandelt wurden und daher doppelt gezählt sind - <sup>3)</sup> Vom Kreditschutzverband behandelt - <sup>4)</sup> Mangels Vermögen

Dagegen ist die Zahl der mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge von 543 im Jahre 1955 auf 478 im Jahre 1956 (-12%) zurückgegangen. Bei diesen Insolvenzfällen, die auch in den Vorjahren die Konjunkturbewegung nicht mitmachten, handelt es sich hauptsächlich um arbeitsintensive Klein- und Mittelbetriebe, die außer Werkzeugen und Rohstoffen kein Betriebsvermögen besitzen und deren Schulden überwiegend aus rückständigen Krankenkassenbeiträgen bestehen<sup>1)</sup>. Die sonstigen Schulden waren unbedeutend.

Die Insolvenzen haben sich in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr ungleich entwickelt. Während in den Jahren 1954 und 1955 Handwerk und Großhandel relativ schlecht abgeschnitten haben, nahmen im Jahre 1956 die Zahlungseinstellungen vor allem in Industrie und Einzelhandel zu. Die Zahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren (Konkurse und Ausgleichs zusammen) stieg im Einzelhandel um 25% und in der Industrie um 11%, während sie im Großhandel nur um 2% höher und im Handwerk sogar um 7% geringer war als im Vorjahre. Trotzdem gab es in Großhandel und Handwerk noch immer mehr Insolvenzen als im Jahre 1953. Das hängt nicht nur mit der Kreditrestriktion zusammen, sondern auch damit, daß der Großhandel zunehmend durch die Direktverkäufe der Erzeuger ausgeschaltet wird und viele kleine Handwerksbetriebe der Konkurrenz der ständig rationalisierenden Industrie immer weniger gewachsen sind.

Die Verlagerung des Schwergewichts der Konjunktur von den Investitionen auf den Konsum im

<sup>1)</sup> Nach Angaben der Wiener Gebietskrankenkasse hat allein diese Körperschaft im Jahre 1956 633 Konkursanträge wegen rückständiger Sozialversicherungsbeiträge gestellt. Ein Teil der Anträge wurde zurückgezogen, da die Schuldner hauptsächlich aus Angst vor den Folgen eines Konkurses für die künftige Kreditwürdigkeit doch bereit waren, die Rückstände zu begleichen. Zur Konkursöffnung kam es nur in relativ wenigen Fällen. Der größte Teil der Anträge wurde abgewiesen, da die Kosten des Verfahrens mangels entsprechender Konkursmasse nicht gedeckt schienen und die Krankenkasse nicht bereit war, einen Kostenvorschuß zu leisten.

Mill. S zu, während er im Durchschnitt der Jahre 1953 bis 1955 um 2% zurückgegangen war, und lag um 10% über dem Vorjahr (im November um 2%, in den Monaten August bis Oktober um durchschnittlich 9%). Da jedoch die Rückvergütungen für Ausfuhrlieferungen im Dezember 1956 um 60% zu-, im Vorjahr aber um 38% abgenommen haben, ist der Nettoertrag von November auf Dezember um 7% zurückgegangen und erreichte nicht ganz den Vorjahresstand (-0,4%).

An *Verbrauchssteuern* gingen im Dezember 212 Mill. S ein, um 9% weniger als im Vormonat, aber um 7% mehr als im Vorjahr. Gegenüber November hat, hauptsächlich saisonbedingt, die Biersteuer um 38% und die Mineralölsteuer um 11% abgenommen, während die Weinsteuer um 18% mehr und die Tabaksteuer gleich viel einbrachte. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr entfällt ausschließlich auf die Mineralölsteuer (+24%). Dagegen brachte die Weinsteuer um 11%, die Tabak- und Biersteuer um je 2% weniger ein als vor einem Jahr.

#### Insolvenzen im Jahre 1956

Die Insolvenzstatistik spiegelt in den letzten Jahren den Konjunkturablauf bemerkenswert gut wider. Der steile Aufschwung seit 1953 ließ die Zahl der gerichtlich ausgetragenen Insolvenzfälle (Konkurse plus gerichtliche Ausgleichs abzüglich Anschlußkonkurse) bis 1955 um 22% und die Gesamtzahl der Insolvenzen (einschließlich abgewiesene Konkursanträge und außergerichtliche Ausgleichs) um 11% sinken. Mit dem Nachlassen der Expansion im Jahre 1956 nahm die Zahl der notleidenden Betriebe wieder leicht zu; sie war jedoch noch immer geringer als in den Jahren 1953 und 1954.

Im Jahre 1956 wurden 731 Insolvenzfälle gerichtlich ausgetragen, um 54 (8%) mehr als im Vorjahr, aber um 140 (16%) weniger als im Jahre 1953. Die Zahl der Konkurse nahm nur um 1% zu, die der Ausgleichs (ohne Anschlußkonkurse) aber um 19%. Dadurch ist im Gegensatz zur Entwicklung in den Vorjahren der Anteil der Konkurse an der Gesamtzahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren von 63% im Jahre 1955 auf 59% im Jahre 1956 gesunken, er war aber noch immer höher als im Jahre 1953 (53%). Der höhere Anteil der Ausgleichs an den Insolvenzverfahren deutet darauf hin, daß im Jahre 1956 latente Zahlungsschwierigkeiten rascher aufgedeckt wurden als im Vorjahr. Das ist teils auf die wachsende Verbreitung des vorbeugenden Kreditschutzes durch „Gläubiger-Gemeinschaften“ zurückzuführen, teils aber auch darauf, daß die Gläubiger bei nachlassender Konjunktur im allgemeinen wachsamer sind als bei starkem wirtschaftlichem Aufschwung

#### Insolvenzen in Österreich<sup>1)</sup>

	1953	1954	1955	1956	1956 in % von	
					1953	1955
Konkurse	464	473	427	433	93,3	101,4
Gerichtliche Ausgleichs	506	412	385	438	86,6	113,8
Anschlußkonkurse <sup>2)</sup>	-99	-77	-135	-140	141,4	103,7
Gerichtliche Insolvenzverfahren insgesamt	871	808	677	731	83,9	108,2
Außergerichtliche Ausgleichs <sup>3)</sup>	62	59	46	49	79,0	106,5
Abgewiesene Konkursanträge <sup>4)</sup>	487	514	543	478	98,1	88,0
Gesamtzahl der Insolvenzen	1 420	1 331	1 266	1 258	88,6	99,4

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870 - <sup>2)</sup> Ausgleichs, die in Konkurs umgewandelt wurden und daher doppelt gezählt sind - <sup>3)</sup> Vom Kreditschutzverband behandelt - <sup>4)</sup> Mangels Vermögen

Dagegen ist die Zahl der mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge von 543 im Jahre 1955 auf 478 im Jahre 1956 (-12%) zurückgegangen. Bei diesen Insolvenzfällen, die auch in den Vorjahren die Konjunkturbewegung nicht mitmachten, handelt es sich hauptsächlich um arbeitsintensive Klein- und Mittelbetriebe, die außer Werkzeugen und Rohstoffen kein Betriebsvermögen besitzen und deren Schulden überwiegend aus rückständigen Krankenkassenbeiträgen bestehen<sup>1)</sup>. Die sonstigen Schulden waren unbedeutend.

Die Insolvenzen haben sich in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr ungleich entwickelt. Während in den Jahren 1954 und 1955 Handwerk und Großhandel relativ schlecht abgeschnitten haben, nahmen im Jahre 1956 die Zahlungseinstellungen vor allem in Industrie und Einzelhandel zu. Die Zahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren (Konkurse und Ausgleichs zusammen) stieg im Einzelhandel um 25% und in der Industrie um 11%, während sie im Großhandel nur um 2% höher und im Handwerk sogar um 7% geringer war als im Vorjahre. Trotzdem gab es in Großhandel und Handwerk noch immer mehr Insolvenzen als im Jahre 1953. Das hängt nicht nur mit der Kreditrestriktion zusammen, sondern auch damit, daß der Großhandel zunehmend durch die Direktverkäufe der Erzeuger ausgeschaltet wird und viele kleine Handwerksbetriebe der Konkurrenz der ständig rationalisierenden Industrie immer weniger gewachsen sind.

Die Verlagerung des Schwergewichts der Konjunktur von den Investitionen auf den Konsum im

<sup>1)</sup> Nach Angaben der Wiener Gebietskrankenkasse hat allein diese Körperschaft im Jahre 1956 633 Konkursanträge wegen rückständiger Sozialversicherungsbeiträge gestellt. Ein Teil der Anträge wurde zurückgezogen, da die Schuldner hauptsächlich aus Angst vor den Folgen eines Konkurses für die künftige Kreditwürdigkeit doch bereit waren, die Rückstände zu begleichen. Zur Konkursöffnung kam es nur in relativ wenigen Fällen. Der größte Teil der Anträge wurde abgewiesen, da die Kosten des Verfahrens mangels entsprechender Konkursmasse nicht gedeckt schien und die Krankenkasse nicht bereit war, einen Kostenvorschuß zu leisten.

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Wirtschaftszweigen<sup>1)</sup>

Wirtschaftszweig	Konkurse		Ausgleiche			
	1953	1955	1956	1953	1955	1956
Industrie <sup>2)</sup>	87	49	51	69	49	58
Großhandel	68	68	67	69	82	86
Einzelhandel	122	115	136	211	124	163
Handwerk	103	131	122	100	112	105
Sonstige <sup>3)</sup>	84	64	57	57	18	26
Insgesamt	464	427	433	506	385	438

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — <sup>2)</sup> Einschließlich Bauunternehmen — <sup>3)</sup> Auch Private

Jahre 1956 spiegelt sich auch in der Entwicklung der Insolvenzen nach Branchen wider. Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren schnitten die Konsumgüterbranchen im allgemeinen besser ab als der Investitionsgüterbereich. So wurden z. B. in der Textil- und Bekleidungswirtschaft nur um 1% und im Lebensmittel- und Genußmittelbereich um 6% mehr Konkurse und Ausgleiche eröffnet als im Vorjahr, in der Metall- und Elektrobranche aber um 62% und 22% mehr. In der Gruppe Glas, Parfümerie und Kurzwaren sind sogar weniger Firmen notleidend geworden als im Jahre 1955.

Auffallend ist die starke Zunahme der Insolvenzen im Holzgroßhandel (von 17 auf 31). Sie hängt

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Branchengruppen<sup>1)</sup>

Branchengruppe	Industrie		Großhandel		Einzelhandel		Handwerk		Zusammen		1956 in % v 1955
	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	1955	1956	
<i>Konkurse</i>											
Mineralien	1	2	1	2	—	—	—	—	2	4	200,0
Metalle	5	10	7	11	3	7	14	24	29	52	179,3
Holz	6	3	8	14	—	—	18	16	32	33	103,1
Elektro- u chem-techn Artikel	—	3	5	7	3	15	15	4	23	29	126,1
Bau	18 <sup>2)</sup>	18 <sup>2)</sup>	6	1	—	—	9	7	33	26	78,8
Lebens- und Genußmittel	3	2	12	12	32	32	53	52	100	98	98,0
Textilien, Bekleidung, Leder	13	7	14	12	37	35	19	16	83	70	84,3
Papier Druck, Verlag	1	4	3	2	2	2	1	2	7	10	142,9
Glas-, Parfümerie	2	2	4	2	2	—	2	1	10	5	50,0
Kurzwaren	—	—	8	4	36	45	—	—	44	49	111,4
Gemischwaren	—	—	8	4	36	45	—	—	44	49	111,4
Insgesamt	49	51	68	67	115	136	131	122	363	376	103,6
<i>Ausgleiche</i>											
Mineralien	2	1	2	2	—	—	—	—	4	3	75,0
Metalle	7	11	9	9	4	7	11	18	31	45	145,2
Holz	3	3	9	17	—	2	9	8	21	30	142,9
Elektro- u chem-techn Artikel	5	2	10	2	7	24	10	10	32	38	118,8
Bau	12 <sup>2)</sup>	14 <sup>2)</sup>	1	4	—	—	4	4	17	22	129,4
Lebens- und Genußmittel	4	1	14	23	21	25	39	41	78	90	115,4
Textilien, Bekleidung, Leder	14	21	20	22	39	57	32	20	105	120	114,3
Papier Druck, Verlag	1	2	4	3	4	2	2	3	11	10	90,9
Glas-, Parfümerie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kurzwaren	1	3	5	—	8	7	5	1	19	11	57,9
Gemischwaren	—	—	8	4	41	39	—	—	49	43	87,8
Insgesamt	49	58	82	86	124	163	112	105	367	412	112,3

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — <sup>2)</sup> Baustoffindustrie und Bauunternehmen.

teils mit der Überbesetzung dieser Branche, teils mit der wachsenden Konkurrenz der Holzverarbeitenden Betriebe im Export zusammen. Die günstige Exportkonjunktur in den vergangenen Jahren veranlaßte viele Unternehmer, z. T. ohne die erforderlichen Branchenkenntnisse und die nötige Kapitalgrundlage, mit dem Holzgroßhandel anzufangen. Gleichzeitig schalteten sich aber auch Sägewerke zunehmend in den Holzexport ein. Mit dem Nachlassen des Exportgeschäfts entstand ein heftiger Konkurrenzkampf unter den Holzexporteuren, dem schwach fundierte Unternehmen nicht gewachsen waren. Die Holzverarbeitenden Betriebe, die durch die Ausschaltung einer Umsatzphase in der Lage sind, billiger anzubieten, ziehen einen wachsenden Teil des Exports an sich.

In der Elektrobranche sind die Insolvenzen ausschließlich im Einzelhandel gestiegen. Bei den insolventen Firmen handelt es sich hauptsächlich um kleinere Betriebe in der Provinz, deren Geschäftsgang durch den Direktabsatz von Industrie und Großhandel sowie die Konkurrenz der größeren Betriebe in den Städten beeinträchtigt wird. In der Bauwirtschaft ist dank der anhaltend lebhaften Bautätigkeit die Zahl der Insolvenzen auch im Jahre 1956 noch leicht gesunken.

Im Jahre 1956 haben Konkurse und Ausgleiche vor allem in Oberösterreich (+49%) und Kärnten (+30%) zugenommen. Dagegen wurden in Wien (-5%), Tirol (-1%) und Vorarlberg (-45%) weniger Insolvenzen gezählt als im Vorjahr. Die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Bundesländern dürfte teils konjunkturbedingt, teils zufällig sein.

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Bundesländern<sup>1)</sup>

Bundesland	Konkurse			Ausgleiche		
	1955	1956	1956 in % von 1955	1955	1956	1956 in % von 1955
Wien	93	82	88,2	149	148	99,3
Niederösterreich	35	42	120,0	36	35	97,2
Oberösterreich	69	95	137,7	46	76	165,2
Steiermark	91	75	82,4	60	74	123,3
Salzburg	38	35	92,1	31	35	112,9
Kärnten	41	53	129,3	25	33	132,0
Tirol	40	44	110,0	31	26	83,9
Vorarlberg	15	6	40,0	5	5	100,0
Burgenland	5	1	20,2	2	6	300,0
Insgesamt	427	433	101,4	385	438	113,8

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870.

Die von den Insolvenzen betroffene *Schuldensumme* kann für 1956 auf etwa 450 Mill. S geschätzt werden gegen 400 Mill. S im Vorjahr (+12,5%), da neben der Zahl der gerichtlich behandelten Fälle auch die durchschnittliche Höhe der Forderungen leicht zugenommen hat. Trotz der höheren Schulden-

summe waren aber die effektiven Verluste der Wirtschaft zumindest relativ geringer als im Vorjahr, teils weil der Anteil der Konkurse abgenommen hat, teils weil bei den Ausgleichen die Passiven im Durchschnitt besser gedeckt waren als vor einem Jahr. Dementsprechend haben auch die vereinbarten Ausgleichsquoten von durchschnittlich 48% (gewogen mit der Höhe der Forderungen) im Jahre 1955 auf 51% im Jahre 1956 zugenommen<sup>1)</sup>. Diese Entwicklung ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Gläubiger wachsamer geworden sind und latente Zahlungsschwierigkeiten früher aufdecken konnten als in den Vorjahren.

Das Nachlassen des Konjunkturaufschwunges und die verschiedenen angeführten strukturellen Änderungen (Vordringen der Großbetriebe, Ausschaltung des Großhandels u. a.) haben die Insolvenzen meist nur ausgelöst. Die eigentlichen Ursachen liegen dagegen in innerbetrieblichen Unzulänglichkeiten, über deren Bedeutung eine Sonderuntersuchung des Kreditschutzverbandes von 1870 interessante Aufschlüsse gibt. Danach waren in den Jahren 1955 und 1956 über 40% der untersuchten Insolvenzfälle auf Kapitalmangel zurückzuführen. Diese Unternehmen arbeiteten mit wenig Eigenkapital und mit hohen, meist kurzfristigen Krediten, und mußten daher bei einer Kreditrestriktion in große Schwierigkeiten geraten. Deshalb sind auch im Jahre 1956 relativ mehr Firmen (44%) aus Kapitalmangel insolvent geworden als im Vorjahr (41%). Durchschnittlich ein Drittel der Insolvenzen geht auf unsachgemäße und z. T. fahrlässige Geschäftsführung zurück. Die Buchhaltung und das gesamte kaufmännische Rechnungswesen (insbesondere Kalkulation, Rentabilitätsberechnungen) wurden meist vernachlässigt und die dadurch bedingte Unkenntnis der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führte vielfach zu Fehldispositionen. In 8% der Fälle (1955 7%) beruhten die Zahlungseinstellungen im Jahre 1956 auf zu hohen Privatentnahmen, ebenfalls eine Folge der mangelhaften Übersicht über die finanzielle Situation des Unternehmens. Der Rest der Insolvenzfälle wurde im

#### Ursachen der Insolvenzen<sup>1)</sup>

Ursache	1955 Anteil der Ursachen an der Gesamtzahl der untersuchten Insolvenzfälle in %	1956 nebenstehenden Insolvenzfälle in %
Kapitalmangel	41	44
Unsachgemäße oder fahrlässige Geschäftsführung	38	31
Großer persönlicher Aufwand	7	8
Betrügerische Manipulationen	3	8
Nicht selbst verschuldete Ursachen	11	9

<sup>1)</sup> Nach einer Sondererhebung des Kreditschutzverbandes von 1870

<sup>1)</sup> Auf Grund von Erhebungen des Institutes bei einem Teil der Firmen

Jahre 1956 durch betrügerische Manipulationen (8%) und nicht selbstverschuldete Ursachen (9%), wie Krankheit, Todesfall u. ä. hervorgerufen

Kapitalmangel und unsachgemäße Betriebsführung sind die typischen Ursachen für die Insolvenzen von spekulativen Nachkriegsgründungen. Nach der Sondererhebung des Kreditschutzverbandes entfielen 64% der untersuchten Insolvenzfälle des Jahres 1956 auf Unternehmen, die in den Jahren 1945 bis 1952 entstanden sind. Bekanntlich hat die günstige Konjunktur in den ersten Nachkriegsjahren viele veranlaßt, sich ohne die erforderliche Kapitalgrundlage und die nötigen fachlichen Kenntnisse als Selbständige in der Wirtschaft zu versuchen. In den Inflationsjahren konnten sie sich meist gut halten, nach der Geldwertstabilisierung gerieten sie jedoch in große finanzielle Schwierigkeiten. Alte, meist gut fundierte Firmen werden relativ selten insolvent. Von den im Jahre 1956 notleidenden Unternehmungen waren nur 14% vor 1938 gegründet worden.

#### Alter der insolventen Unternehmungen<sup>1)</sup>

Gründungsjahr	1955 Von 100 insolventen Unternehmungen wurden ... in nebenstehenden Jahren gegründet	1956
vor 1938	16	14
1938-1945	9	7
1945-1949	40	30
1950-1952	25	34
nach 1952	10	15

<sup>1)</sup> Nach einer Sondererhebung des Kreditschutzverbandes von 1870

#### Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.15

Im Jänner setzte sich die schon seit einiger Zeit vorherrschende relativ ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt — die nur im Dezember kurzfristig unterbrochen war — weiter fort. Der Beschäftigungsrückgang war im Dezember verhältnismäßig gering, weil die Witterung die Wiederaufnahme von Außenarbeiten in der Landwirtschaft und in der Bauwirtschaft gestattete. Teilweise handelte es sich auch um eine Zufallsschwankung, die vermutlich mit der Zahl und Lage der Feiertage gegen Jahresende zusammenhing. Dieser Entwicklung im Dezember folgte jedoch im Jänner ein besonders großer Rückgang der Beschäftigung. Die saisonbedingte Verschlechterung, die normalerweise im Dezember am größten ist, wurde heuer im Jänner übertroffen. Seit Oktober war sowohl die Abnahme der Beschäftigung als auch die Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht nur weit stärker als im Vorjahr, sondern auch größer als im Winter des Konjunkturjahres 1954/55.

Bei Beurteilung dieser Veränderungen muß man allerdings berücksichtigen, daß heuer schon Mitte

## Der Arbeitsmarkt im Winter

Jahr	Monat	Beschäftigte	Stellensuchende		Arbeitskräfte- angebot
			in 1 000		
1953	Oktober	1 992 5	137 2		2 129 8
1954	Jänner	1.812 0	299 5		2.111 5
	Differenz	-180'5	+162'3		-18'2
1954	Oktober	2 076 0	95 1		2 171 1
1955	Jänner	1.933 3	230 5		2.163 8
	Differenz	-142'7	+135'4		-7'3
1955	Oktober	2 150 5	77 8		2 228 3
1956	Jänner	2.024 3	200 2		2.224 6
	Differenz	-126'2	+122'4		-3'8
1956	Oktober	2 212 1	75 3		2 287 4
1957	Jänner <sup>1)</sup>	2.061 4	219 1		2.280 5
	Differenz <sup>1)</sup>	-150'8	+143'9		-6'9

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen.

Jänner strenge Kälte eintrat, während im Vorjahr bis gegen Monatsende mildes, fast frühlinghaftes Wetter herrschte. Es ist daher anzunehmen, daß, selbst wenn Ende Februar noch eine neue Kältewelle kommen sollte, sie keine auch nur annähernd so starke Verschlechterung der Arbeitslage mit sich bringen wird wie im Februar 1956; (damals sank die Zahl der Beschäftigten ungewöhnlich stark um 22 400, während die der Stellensuchenden sogar um 23.800 zunahm). Die Winterarbeitslosigkeit wird daher vermutlich, selbst wenn sie noch zunimmt, die Spitzen im Winter 1955/56 und 1954/55 nur wenig überschreiten. Ende Jänner lag sie noch um 4.900 und 11.400 niedriger. Sie war auch noch geringfügig niedriger als im Höhepunkt des Konjunkturjahres 1950/51<sup>1)</sup>.

Bis zur Saisonwende wird also das Ausmaß des Beschäftigungsrückganges und der Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht viel größer sein als bisher in guten Konjunkturjahren. Es stehen jedoch zahlreiche weitere Abbaumaßnahmen bevor, vor allem in der Fahrzeugindustrie und — als Folge der geringeren Investitionstätigkeit des Bundes und der öffentlichen Unternehmungen — in der Elektroindustrie. Aber auch in der Baustoffherstellung und im Baugewerbe wird zweifellos aus dem gleichen Grunde die saisonbedingte Erholung im Frühjahr langsamer vor sich gehen als in früheren Jahren, sofern dies nicht durch günstigere Witterungsbedingungen wettgemacht werden wird.

Auf die tendenzielle Verschlechterung der Arbeitslage deutet auch die unbefriedigende Entwicklung des Stellenangebotes der Arbeitsämter im Jänner hin. Während normalerweise die Zahl der offenen Stellen in diesem Monat vom saisonbedingten Jahres-

tiefstand Ende Dezember um mehr als 2.000 zunimmt, erhöhte sie sich heuer nur um 200. Wenn auch sicherlich Witterung und Zufälle hier gleichfalls eine Rolle gespielt haben und es zweifellos voreilig wäre, aus den Ergebnissen eines einzigen Monats allzu pessimistische Schlußfolgerungen zu ziehen, so dürfen doch diese Anzeichen einer kommenden Verschlechterung der Arbeitslage nicht übersehen werden.

Das *Arbeitskräfteangebot* sank saisonbedingt im Dezember um 6 300 auf 2,289.100, im Jänner um 8.600 auf 2,280 500. Ende Dezember (Jänner) gab es um 63 000 (55 900) Arbeitskräfte mehr als vor einem Jahr, wovon 55 600 (37.000) auf Beschäftigte und 7.400 (18 900) auf Arbeitsuchende entfielen.

Die Zahl der *Beschäftigten* sank im Dezember um 59.400 (27%) auf 2,127.800, im Jänner um 66.400 auf 2,061 400. Faßt man die verhältnismäßig geringe Abnahme im Dezember und die sehr starke im Jänner zusammen, so ergibt sich, daß heuer im Laufe beider Monate nur um 8.600 Arbeitskräfte mehr freigesetzt wurden als im Vorjahr und noch immer geringfügig (um 1.700) weniger als im Winter des Konjunkturjahres 1954/55.

Die *Land- und Forstwirtschaft* entließ im Dezember nur 8.400 Arbeitskräfte, gegen 12 100 im Dezember 1955. Von Ende Oktober bis Jahresende verloren 20.600 Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz, gegen 19.500 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ende Dezember waren 169 800 Arbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft tätig, um 8.600 weniger als vor einem Jahr.

Die *gewerbliche Wirtschaft* beschäftigte zu Jahresende 1,663 600 Arbeitskräfte. Die Zahl der Arbeiter hatte sich seit Jahresbeginn um 11.500 (Frauen aber um 12.000), die der Angestellten hingegen viel stärker, um 30 800 (davon Frauen 16.600) erhöht<sup>2)</sup>. Die Freisetzungen vom Saisonhöhepunkt bis Jahresende betragen i J 1956 66 000, gegen nur 58.600 und 57 700 im gleichen Zeitraum der Jahre 1955 und 1954. Während im November der Beschäftigungsrückgang bedeutend größer war als in den beiden Vorjahren, war er dank den eingangs erwähnten günstigen Umständen im Dezember mit nur 50.700 etwas kleiner.

Saisonbedingt erstreckte sich der Rückgang der Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft vor allem auf die Baustoffherstellung und das Baugewerbe. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung berichtete im Dezember, daß die Auftragslage in der Sand- und Schottergewinnung ungünstiger ist

<sup>1)</sup> In der ersten Februarhälfte stieg die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden um 4 300 auf 223 500 und hat damit den Höchststand des Jahres 1956 nahezu erreicht. Alle Zahlen für Jänner und Februar 1957 sind vorläufig.

<sup>2)</sup> Die besonders geringe Zunahme der Zahl der Arbeiter und die sehr starke Zunahme der Zahl der Angestellten im Jahre 1956 ist teilweise auch die Folge statistischer Umstellungen. Siehe Monatsberichte, Heft 3, Jg 1956, S 114f.

als im Vorjahre, da die Straßenbauarbeiten fast ganz eingestellt wurden und die Bundesbahnen keine neuen Aufträge erteilt haben. Die von der Witterung abhängigen Betriebe der Ziegelerzeugung führten nur noch vereinzelt Brennarbeiten durch, aber auch die wetterunabhängigen Betriebe schränkten ihre Erzeugung ein. In Niederösterreich errichteten einige Betriebe mit Hilfe von Mitteln der Produktiven Arbeitslosenfürsorge (PAF) künstliche Trocknungsanlagen<sup>1)</sup>. Die Zementwerke planen, nach Auffüllung ihrer Lager Arbeitskräfte abzubauen. Einzelne Werke haben als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen einen Überschuß an Personal, dem jedoch nicht durch Abbau, sondern durch Aufnahmesperre begegnet werden soll. Im Baugewerbe zeichnet sich auch heuer die unterschiedliche Entwicklung in Stadt und Land ab. Während nach Weihnachten in den ländlichen Gemeinden die traditionelle Arbeitspause eingeschaltet wird, nehmen städtische Betriebe PAF-Mittel und Schlechtwetterregelung sehr stark in Anspruch, um begonnene Bauvorhaben weiterzuführen. Die Gemeinde Wien beschäftigte auf ihren Baustellen sogar mehr Arbeiter als im Vorjahr.

In den 1.678 repräsentativen Betrieben war laut Statistik der Wiener Arbeiterkammer die Beschäftigung von Anfang November bis Anfang Dezember rückläufig, während sie sich im Vorjahr, allerdings saisonwidrig, noch leicht erhöht hatte. In den meisten Industriezweigen wurde Personal entlassen; besonders stark ging die Beschäftigung neuerlich in den E-Works zurück, die bisher in diesem Zeitraum gewöhnlich Arbeitskräfte eingestellt hatten, in der Eisen- und Metallindustrie, deren Beschäftigtenstand erstmals seit Jänner 1954 unter dem des Vorjahres liegt, und in der Holzindustrie, deren Beschäftigung schon seit November unter dem Vorjahresniveau verläuft und sich dem des Jahres 1954/55 nähert.

Die Beschäftigung in der Gesamtindustrie hatte, wie aus dem Bericht der Industriesektion der Bundeshandelskammer hervorgeht, Ende Oktober mit 583.100 Arbeitern und Angestellten ihren saisonbedingten Jahreshöchststand erreicht. Die Zahl der Arbeiter war um 15.100 (3 1/2%) die der Angestellten um 5.400 (6 5/6%) höher als vor einem Jahr. Im November sank sie saisonbedingt sehr leicht, um 400 Personen, etwas weniger als im Vorjahr (500). Zunahmen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, lederverarbeitenden Industrie, Elektroindustrie, Glasindustrie, Eisen- und Metallwarenindustrie und geringfügigen Steigerungen in einigen anderen Wirtschaftszweigen standen ein größerer saisonbedingter

Beschäftigungsrückgang in der Stein- und keramischen Industrie, sowie kleinere Abnahmen in der Fahrzeugindustrie, im Maschinen-, Stahl- und Eisenbau, der Holzverarbeitenden Industrie, den Gießereien und anderen Zweigen gegenüber.

Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden stieg im Dezember um 53.100 (49 1/2%) auf 161.300 und im Jänner noch stärker, um 57.800 auf 219.100. Ende Dezember gab es um 7.400, Ende Jänner um 18.900 Stellensuchende mehr als im Vorjahr. Nach wie vor liegt jedoch die Frauenarbeitslosigkeit geringfügig unter dem Vorjahresniveau. Die Rate der Arbeitslosigkeit erhöhte sich von 7 0/10% zu Jahresende auf 9 6/10% Ende Jänner (im Vorjahr von 6 9/10% auf 9 0/10%).

Die Arbeitslosigkeit stieg im Dezember in den meisten Berufsklassen schwächer als im Vorjahr. In jenen Berufen, wo die Arbeitslosigkeit saisonbedingt noch zurückging, wie in den gastgewerblichen und den hauswirtschaftlichen Berufen, war die Abnahme teilweise größer als üblich. Etwas stärker als im Vorjahr erhöhte sich aber die Zahl der stellensuchenden Techniker und Metallarbeiter (bei den zu dieser Berufsklasse zählenden Elektroarbeitern war die Arbeitslosigkeit mit 1.300 zu Jahresende mehr als doppelt so hoch wie zu Jahresbeginn), Chemiarbeiter, Verkehrsarbeiter und Maschinisten.

Im Jänner stieg die Arbeitslosigkeit um 11.500 stärker als im Jänner 1956, aber nicht viel mehr als in den Jahren 1955 und 1954. Bedenkt man jedoch, daß heuer die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Dezember in der Arbeitsmarktstatistik vermutlich nicht voll zum Ausdruck kam und die Bauarbeiten im Jänner durch strenge Kälte behindert wurden, so war die Entwicklung keineswegs besonders ungünstig. Allerdings wurden in der Baustoffherstellung und im Baugewerbe in größerem Umfang als bisher Mittel der PAF und der Schlechtwetterregelung eingesetzt, um die Beschäftigung aufrechtzuerhalten. Die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter nahm trotzdem im Jänner um 29.200 (im Jänner 1956 nur um 22.500) zu; sie lag aber Ende Jänner mit 76.400 noch immer geringfügig unter dem Höchststand des Vorjahres (Ende Februar 1956: 79.300) und unter dem Höchststand im Jahre 1955 (Ende Jänner: 77.200). Allerdings gab es Ende Jänner 1957 um 11.700 arbeitslose Bauarbeiter mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Beträchtlich stärker als im Jänner 1956 stieg auch die Arbeitslosigkeit unter den Metallarbeitern (3.300 gegen 1.900) und unter den Holzarbeitern (2.400 gegen 1.800), etwas mehr auch unter den gastgewerblichen Arbeitern und ungefähr gleich stark

<sup>1)</sup> Siehe auch Monatsberichte, Heft 9 Jg 1956 S 310

bei den Bekleidungsarbeitern. Hingegen wurden weniger Hilfsarbeiter wechselnder Art und Textilarbeiter entlassen.

Während die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter schon seit Februar 1956 und die der Metallarbeiter und Holzarbeiter seit April und Mai 1956 über dem Niveau des Vorjahres verläuft, liegt seit November auch die der Bekleidungsarbeiter und der gastgewerblichen Arbeiter darüber. Noch immer gibt es aber weniger stellensuchende Textilarbeiter und Hilfsarbeiter wechselnder Art.

Das Stellenangebot der Arbeitsämter sank im Dezember um 7.000 auf 11.300, den saisonbedingt tiefsten Stand des Jahres, und erhöhte sich im Jänner nur sehr wenig, um 200 auf 11.500. Die Abnahme im Dezember war um 1.100 geringer als vor einem Jahr, aber um 2.500 größer als vor zwei Jahren; im Jänner hingegen war die Zunahme kleiner als in allen früheren Jahren seit 1949. Sie hatte im Jänner 1956 2.700, im Jänner 1955 2.600 betragen. Auch nahm heuer nur die Zahl der offenen Stellen für Frauen zu, für Männer nahm sie sogar noch geringfügig (um 300) ab. Ende Jänner wurden um 2.500 männliche Arbeitskräfte weniger gesucht als vor einem Jahr, aber noch immer fast ebenso viele weibliche. In der geringen Zunahme des gesamten Stellenangebotes im Berichtsmonat und der saisonwidrigen Abnahme des Stellenangebotes für Männer kommen nicht nur unterschiedlicher Witterungsablauf und Zufallschwankungen zum Ausdruck, sondern zweifellos auch die Abschwächung der Konjunktur in der Bauwirtschaft und den Investitionsgüterindustrien

#### Die offenen Stellen Ende Jänner

	Männer		Frauen		Insgesamt	
	Veränderung gegen Vormonat	Stand	Veränderung gegen Vormonat	Stand	Veränderung gegen Vormonat	Stand
			in 1.000			
1951	+3,2	10,1	+1,4	7,1	+4,6	17,2
1952	+1,8	8,3	+0,8	5,3	+2,6	13,5
1953	+1,9	4,9	+0,4	3,5	+2,4	8,4
1954	+1,1	4,7	+0,4	3,4	+1,5	8,1
1955	+1,9	8,9	+0,7	4,2	+2,6	13,1
1956	+1,7	9,3	+1,0	4,8	+2,7	14,1
1957 <sup>1)</sup>	-0,3	6,8	+0,5	4,7	+0,2	11,5

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung — 1) Vorläufige Zahlen

### Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Der Güterverkehr der ÖBB nahm im Dezember entgegen dem saisonüblichen Verlauf weiter zu und erreichte mit 721,3 Mill. netto-t-km die bisher höchste Verkehrsleistung. Die Steigerung beruht allerdings ausschließlich auf dem Transit, der von November auf Dezember um 20 Mill. auf 134,1 Mill. netto-t-km stieg. Der Binnenverkehr war hingegen schwächer als

im November, der Rückgang überschritt sogar das saisonübliche Ausmaß, da die Arbeit in vielen Betrieben zwischen Weihnachten und Neujahr ruhte. So nahmen die monatlichen Wagenstellungen (Binnen- und Exportverkehr) um 15% ab und im arbeits-tägigen Durchschnitt wurden um 628 Wagen weniger angefordert als im November. Trotzdem lag die Zahl der Wagenstellungen je Arbeitstag um 4% höher als im Dezember 1955; die Summe der monatlichen Wagenstellungen aber um 4% niedriger als im Vergleichsmonat.

#### Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	Dezember 1956	Veränderung in % (+ bzw. -)		
		Monatsergebnis gegen		Arbeitstag gegen Vormonat
		Vorjahr	Vormonat	
Insgesamt	168.518	-4,3	-14,7	-7,3
davon				
Kohle/Koks	23.058	-4,5	-6,4	+1,7
Holz	16.642	-7,3	+2,7	+11,7
Baustoffe	15.502	-9,4	-28,4	-22,2
Eisen	14.025	+13,4	-0,3	+8,3
Papier	6.322	-3,9	-8,0	± 0
Erze	8.370	+21,8	-13,4	-5,9
Kunstdünger	2.877	-23,6	+25,3	+35,9
Nahrungsmittel	10.845	+5,5	-17,1	-9,8
Stückgut	27.212	-5,5	-8,2	-0,3
Sammelgut	4.846	-6,9	-13,3	-5,8
Zuckerrüben	11.330	-18,8	-54,5	-50,6
Andere	27.489	-7,0	-5,0	+3,3

Der Rückgang des Wagenbedarfes im Binnen- und Exportverkehr gegen November erstreckte sich auf alle Güterarten, ausgenommen Holz, Futtermittel, Stickstoff und Rübenschnitt. Die Zunahme bei Holz ist auf die Auslieferung der vereinbarten Jahreskontingente mit Jahresschluß, bei Stickstoff auf eine Zunahme des Exportes zurückzuführen.

Die Leistungen im Transitverkehr (134,1 Mill. netto-t-km) sind die höchsten seit 1944. Allerdings wird diese hohe Beanspruchung der österreichischen Transitwege nur solange anhalten, als die Verfrächter noch die ungarischen Transitstrecken meiden. Immerhin wäre es möglich, daß wenigstens ein Teil der umgeleiteten Transitgüter auch später über die jetzt benutzten Strecken verfrachtet wird, besonders wenn tarifarische Zugeständnisse gemacht werden.

Die Wagenlage war in den ersten zwei Monats-dritteln sehr angespannt, da jene Betriebe, in denen zwischen Weihnachten und Neujahr die Arbeit ruhte, vielfach ihren Güterversand vorverlegten. Außerdem ergaben sich im Linzer Bereich beträchtliche Güterstauungen, da in Triest für die VÖEST gleichzeitig mehrere Schiffe mit Kohle und Erz eintrafen. Dadurch wurden zahlreiche Wagen blockiert, die Umlaufzeit der Wagen erhöhte sich von 5,3 Tagen im November auf 6,3 Tage im Dezember. Die

Wagenanforderungen konnten nur durch verstärkte Benützung von Fremdwagen befriedigt werden, wodurch sich allerdings allein die Wagenmiete für EUROP-Wagen von 39.028 Goldfranken im November auf 67.115 im Dezember erhöhte.

Die Mietenabrechnung 1956 für EUROP-Wagen war für Österreich viel günstiger als im Jahre 1955. Die Zahl der übernommenen Wagen sank um 18% auf 144 431, die Mietschuld (Saldo) der ÖBB aber um 67% auf 440.241 Goldfranken gegen 12 Millionen im Jahre 1955, weil der eigene Wagenpark vergrößert wurde und in den relativ verkehrsarmen Monaten Jänner und Februar des vorigen Jahres größere Wagenausshilfen an Holland und Westdeutschland gewährt werden konnten, die infolge der langen Unterbrechung der Rheinschiffahrt (Eisbildung) einen hohen Wagenbedarf hatten. Auch die Mietabrechnung für andere Fremdwagen (RIV-Wagen) ist günstiger als 1955.

Die ÖBB haben im Güterverkehr seit Jahresbeginn einige Tarife erhöht und damit die schon länger geplante generelle Steigerung der Gütertarife eingeleitet. Mit Wirkung vom 1. bzw. 21. Jänner wurden von den bis dahin geltenden Ausnahmetarifen<sup>1)</sup> neun außer Kraft gesetzt<sup>2)</sup> und bei 23 Ausnahmetarifen wurde der Ermäßigungssatz verringert. In beiden Gruppen betreffen je vier Ausnahmetarife ausschließlich den Exportverkehr. Die Frachterhöhung, die durch die Verminderung der Ermäßigungssätze eintritt, beträgt für die betroffenen Güter im Durchschnitt 9%. Am empfindlichsten hat sich die Erhöhung bei inländischer Kohle ausgewirkt, deren Frachtsätze um 10 bis 15% stiegen.

Neben den Ausnahmetarifen erhöhte die ÖBB ab 1. Jänner 1957 die sogenannten Nebengebühren (Wagenstandgeld, Wiegegebühr, Zollabfertigungsgebühr usw., insgesamt 42 Gruppen) und den Rollfuhrtarif. Von den Nebengebühren wurden besonders die Zollabfertigungsgebühren betroffen, deren Sätze sich verdoppelten. Beim Wagenstandgeld erhöhte sich die Minimalgebühr von 20 S auf 30 S, da die erste Stehzeitstufe „bis 15 Stunden“ aufgelassen wurde und nunmehr die Gebühr für die ersten 24 Stunden als Mindestsatz eingehoben wird. Im Rollfuhrtarif, der

<sup>1)</sup> Ausnahmetarife sind auf ein halbes oder ganzes Kalenderjahr befristet und es muß daher jeweils vor Fristablauf ihre weitere Gültigkeitsdauer kundgemacht werden. Über eventuelle Veränderungen wird vorher mit Vertretern der Verfrächter (Bundeskammer) verhandelt.

<sup>2)</sup> AI 36 Bauxit, 54 Holzsägespäne, 56 Ziegelsplitt, 67 Zement, 96 Steinkohlenkoks, 98 Schamotte, 110 Kupfervitriol, 129 Kupfer. Weiters siehe Zeitschrift „Verkehr“, Heft 49, 1956, Seite 1605 und Heft 50, Seite 1641.

ab 1. Jänner einen Bestandteil des Gütertarifes bildet, erhöhten sich die einzelnen Klassen unterschiedlich. Die geringste Steigerung beträgt 3%, die größte 38%, im allgemeinen wurden die Sätze um 10 bis 15% gesteigert. Die Spediteure, die – abgesehen von Wien – den Rollfuhrdienst im Auftrag der ÖBB durchführen, bezeichnen die Erhöhungen im Vergleich zu den Kostensteigerungen als ungenügend.

Seit dem 1. Februar sind die Transittarife um 20% (s. Heft 12, Jg. 1956, Seite 416), und zwar einschließlich der gebrochenen Durchfuhr, und ab 1. März die Schleppbahn- und Verschubgebühren um durchschnittlich je 30% höher. Den Interessenten wurde von den ÖBB zugesichert, daß die Schleppbahngebühr bei einer allgemeinen Revision der Gütertarife nicht mehr erhöht wird.

Diese Tariferhöhungen sind bahnwirtschaftlich begründet, da die Mehrzahl dieser Tarife seit 1952 unverändert blieb, inzwischen aber Personal- wie Materialkosten beträchtlich gestiegen sind. Trotz Meinungsverschiedenheiten im einzelnen, bringen daher die Verfrächter diesen Tarifmaßnahmen Verständnis entgegen.

Der *Personenverkehr* der ÖBB blieb im Dezember mit 534 Mill. verkauften Karten hinter den Erwartungen zurück; infolge der günstigen Lage der Feiertage wurde mit einem besonders lebhaften Reiseverkehr gerechnet. Im Vergleich zum Dezember 1955 war er sogar um 5% geringer. Hingegen wurden im Straßenverkehr von Bahn und Post 92 Mill. Personen befördert, 4% mehr als im Dezember 1955. Im Flugverkehr reisten 4851 Personen ein und 17176 flogen ab. Unter den Ausreisenden waren 7312 ungarische Flüchtlinge.

Im *Fremdenverkehr* wurden im Dezember 9288 Mill. Übernachtungen, davon 4502 Mill. im Ausländerverkehr gezählt, d. s. 194% und 29% mehr als im Dezember 1955. Die Deviseneingänge aus dem Ausländerverkehr betragen 1155 Mill. S, 37% mehr als im Vergleichsmonat 1955.

#### Die ERP-Kredite für den Fremdenverkehr i. J. 1956

Die Fremdenverkehrswirtschaft erhielt in den Jahren 1948 bis 1955 einen verhältnismäßig geringen Teil der ERP-Kredite. Ihr Anteil an den gesamten Freigaben aus dem Counterpartkonto betrug bis Ende 1955 nur 48%. Die Bemühungen, stärker als bisher bei der Kreditverteilung aus den rückfließenden Tilgungs- und Zinsbeträgen sowie noch nicht ausgeschütteten ERP-Mitteln (1955 rund 1 Mrd. S) berücksichtigt zu werden, hatten im Jahre 1956 Erfolg. Dem Fremdenverkehr wurden 1939 Mill. S bewilligt gegen

727 und 1023 Mill. S in den Jahren 1955 und 1954<sup>1)</sup>. Der um ein Vielfaches größere Komplex Industrie und Gewerbe erhielt 5666 Mill. S, also nur knapp dreimal soviel. Der Anteil des Fremdenverkehrs an den gesamten bisher erteilten ERP-Krediten ist damit auf 9% (7126 Mill. S) gestiegen.

Die ERP-Kredite für den Fremdenverkehr sollen gemäß den Bestimmungen über die Verteilung von ERP-Mitteln in erster Linie devisabringende Investitionen fördern. Diese Richtlinien wurden bis zum Abschluß des Staatsvertrages weitestgehend befolgt, so daß vor allem die westlichen Bundesländer, in denen sich der Ausländerverkehr konzentrierte, stark begünstigt wurden. So flossen bis Ende 1954 nur 9% der Kredite nach Wien, Niederösterreich und Burgenland, der weitaus überwiegende Teil wurde für Investitionen in Tirol, Salzburg und Vorarlberg verwendet (66%). Diese Kreditpolitik war notwendig, da eine Werbung von Auslandsgästen zunächst nur in den bekanntesten Fremdenverkehrsgebieten — die vorwiegend im Westen liegen — erfolgversprechend war und die Besatzungsverhältnisse jede Werbung für die Ostgebiete illusorisch machten.

Seit dem Abschluß des Staatsvertrages hat sich die Kreditverteilung grundlegend geändert. Die Bestimmung „devisabringend“ wird elastischer ausgelegt, nicht zuletzt, weil die Fremdenverkehrskonjunktur in den bisher begünstigten Gebieten auch in weitem Maße Eigenfinanzierungen gestattet. Vor allem ermöglicht der Abzug der Besatzungsmächte weitaus stärker als bisher, die Ostgebiete zu berücksichtigen, die von Kriegs- und Nachkriegereignissen am stärksten betroffen worden waren und deren Wiederaufbau um Jahre nachhinkt. Bereits im Jahre 1955 wurden, soweit es noch ging, Kredite auf die östlichen Bundesländer umgeleitet. Sie erhielten insgesamt 2781

Mill. S gegen 957 Mill. S im Jahr vorher eingeräumt, obwohl die gesamte Kreditsumme im Jahre 1955 von 102 Mill. auf 73 Mill. S sank. Im Jahre 1956 wirkten sich dann die neuen Verteilungsgrundsätze voll aus. Von den 1939 Mill. S Krediten erhielten Wien 543 Mill., Niederösterreich 511 Mill. und das Burgenland 57 Mill. S, das sind um 450%, 247% und 77% mehr als im Jahre 1955. Der Anteil aller drei Länder erhöhte sich von 38% auf 573% und die Kredite für 1956 (111 Mill. S) sind um 168% höher als jene, die sie von 1948 bis 1955 erhielten. Dadurch rückten Wien und Niederösterreich in der Verteilung der bis Ende 1956 gewährten ERP-Kredite nach Tirol und Salzburg an die dritte bzw. vierte Stelle, während sie bis Ende 1955 noch an siebenter und achter Stelle lagen.

Neben der höheren Zuteilung wurden den östlichen Bundesländern aber auch die Kreditbedingungen erleichtert. Die Bestimmung, daß 40% der geplanten Investitionssumme aus Eigenmitteln aufgebracht werden müssen, wurde gelockert, außerdem erhielten ehemals beschlagnahmte Betriebe die Kredite zu einem Zinsfuß von 35%, wie er bis 1955 allgemein galt, gegen üblicherweise 5%. Diese Vergünstigung ist berechtigt; nicht allein weil die erforderlichen Renovierungskosten ungleich höher sind und die Ausnutzung des Betriebes bis zur Freigabe nicht möglich war, sondern auch wegen der Gleichstellung mit den westlichen Betrieben, die die über 15 bis 20 Jahre laufenden Kredite vorwiegend mit 35% verzinsen. Es wäre daher auch vertretbar gewesen, den Ostgebieten generell den niedrigeren Zinsfuß einzuräumen, zumindest für einen begrenzten Zeitraum.

Das Schwergewicht der Investitionsplanung der ERP-Stellen lag auch im Jahre 1956 bei Modernisierungen aller Art sowie An-, Um- und Zubauten,

Verteilung der ERP-Kredite<sup>1)</sup> nach Bundesländern in den Jahren 1950 bis 1956

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1950-1956	Anteil %
	Mill. S								
Wien	4 54	8 05	1 79	1 53	3 22	9 87	54 33	83 33	12 2
Niederösterreich	0 81	4 45	0 10	1 85	4 31	14 73	51 09	77 34	11 3
Oberösterreich	13 52	8 02	9 36	0 83	8 01	5 78	3 09	41 90	6 1
Salzburg	16 52	22 31	20 40	5 73	24 78	7 36	23 85	120 94	17 7
Steiermark	5 61	10 21	0 64	5 59	15 13	5 67	5 05	47 90	7 0
Kärnten	6 07	8 81	4 44	3 22	5 67	8 03	11 30	47 54	6 9
Tirol	27 90	45 12	19 58	17 29	22 94	14 64	34 08	181 55	26 5
Vorarlberg	9 95	13 48	15 78	3 34	16 17	3 38	5 45	67 56	9 9
Burgenland	2 60	1 16	1 00	0 74	2 04	3 21	5 67	16 42	2 4
Zwischensumme	87 52	121 60	73 09	40 12	102 27	72 67	193 91	684 48	100 0
Nichtaufteilbare Kredite <sup>2)</sup>	—	22 20	—	5 20	0 49	0 23	—	28 12	—
Insgesamt	87 52	143 80	73 09	45 32	102 76	72 90	193 91	712 60	—

<sup>1)</sup> Einschließlich den Krediten aus der „Bankaktion“ in Höhe von 98 42 Mill. S — <sup>2)</sup> Werbung Subventionen der Organisationen usw.

<sup>1)</sup> Die starken jährlichen Schwankungen in der Versorgung des Fremdenverkehrs mit ERP-Mitteln gehen nicht auf einen unterschiedlichen Kreditbedarf der Fremdenverkehrsbetriebe zurück, sondern ergeben sich aus der von Jahr zu

Jahr unterschiedlichen Dringlichkeit, die den Investitionsvorhaben der einzelnen Wirtschaftsguppen behördlich zuerkannt wird.

für die 1174 Mill. S, das sind 61% aller Kredite, bewilligt wurden. Die Kredite für Neubauten und Verkehrsanlagen (Lifte) betragen 214 Mill. und 522 Mill. S, in beiden Fällen die bisher weitaus höchste Jahressumme. Durch Sonderaktionen in der Gruppe „Modernisierungen“ konnten 452 Mill. S bereitgestellt werden, die „Bankenaktion“<sup>1)</sup> erbrachte 434 Mill. S und die „Aktion für preisbillige Betriebe“ 18 Mill. S. Da der Kreditplafond der Bankenaktion 140 Mill. S beträgt und bisher insgesamt 984 Mill. S abgezogen wurden, verbleibt für die nächsten Jahre noch ein Rest von 416 Mill. S. Die Mittel dieser Aktion sind für den Wiederaufbau ehemals beschlagnehmter Betriebe bestimmt; sie kommen daher überwiegend Wien und Niederösterreich zugute. Im Jahre 1956 entfielen 74% dieser Kredite auf diese beiden Länder. Von den Krediten für Verkehrsprojekte (522 Mill. S) entfielen 78% auf Tirol (231 Mill. S) und Niederösterreich (178 Mill. S).

*Gliederung der ERP-Kredite nach der Art der Investitionen*

(Stand am 31. Dezember 1956)

	1956		1950-1956	
	Zahl der Betriebe	Kreditsumme Mill. S	Zahl der Betriebe	Kreditsumme Mill. S
1 Normale Kreditaktionen				
Neubauten	11	21,35	35	97,45
Modernisierungen, An-, Um-, Zubauten	92	72,30	766	309,60
2 Sonderaktionen				
Bankenaktion	8	43,33	56	98,42
Preisbillige Betriebe	30	1,79	406	26,11
Sanitäre Anlagen	—	—	253	7,47
Hotelsektor (1+2)	49	138,77	1.516	539,05
3 Verkehrsprojekte	26	52,15	97	145,42
4 Sonstiges	—	—	—	28,12
Insgesamt (1+4)	167	193,91	1.613	712,60

Die gesamte Kreditsumme des Jahres 1956 von 193,9 Mill. S verteilt sich auf 141 Hotelbetriebe und 26 Verkehrsprojekte. Der Kredit je Betrieb betrug im Hotelsektor 1 Mill. S und je Verkehrsprojekt 2 Mill. S. Es wurde Raum für 4551 Betten modernisiert und für 1725 Betten durch Neu-, An-, Um- und Zubauten neu gewonnen. Außerdem konnten 472 Bäder neu installiert werden.

Die seit 1950 für den Fremdenverkehr eingeräumten ERP-Kredite erreichten Ende 1956 eine Höhe von 684,5 Mill. S (zuzüglich 28,1 Mill. S für Werbung usw.), von denen 539,1 Mill. S auf Beherbergungsbetriebe und 145,4 Mill. S auf Verkehrsanlagen entfielen. Da durchschnittlich 35% der geplanten Investitionssumme aus Eigenmitteln aufgebracht werden müssen, ergibt sich eine gesamte Investition

von 912,6 Mill. S, zu denen noch die Investitionen außerhalb der ERP-Aktion (ca. 11 Mrd. S) kommen. Im Rahmen der Aktion wurde bisher Raum für 38038 Betten modernisiert und für 15043 Betten neu gewonnen. Ferner konnten 3519 Bäder installiert werden.

Die Kreditnachfrage, die nach der Erhöhung des Zinsfußes von 3,5 auf 5% zunächst etwas schwächer wurde, nahm in der zweiten Jahreshälfte 1956 wieder stark zu und überstieg beträchtlich die ERP-Finanzierungsmöglichkeiten.

**Außenhandel**

*Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9*

Da die Importe für das Weihnachtsgeschäft schon früher begannen als gewöhnlich, erreichten sie ihren Höhepunkt nicht mehr im Dezember. Mit 2219 Mill. S waren sie um 3% niedriger als im November und um 8% niedriger als im Oktober. Die Importe waren aber auch geringer als im Dezember 1955 (wertmäßig um 6%, volumenmäßig um 9%). Nimmt man allerdings die letzten drei Monate zusammen und schaltet so die Saisonverschiebung aus, die sich aus der Vorverlegung der Einkäufe ergab, dann waren auch Ende 1956 die Importe höher als im Vorjahr.

Auch die Ausfuhrerhöhung war im Dezember 1956 nicht so hoch wie in früheren Jahren. Mit 2013 Mill. S war die Ausfuhr wertmäßig nur um 4% höher als November und erreichte nicht den Rekordwert vom Oktober (2044 Mill. S). Die Zunahme gegenüber Dezember 1955 war mit 14% nach wie vor kräftig, wenn auch nicht mehr so stark wie in den Vormonaten.

Der Einfuhrüberschuß sank von 351 Mill. S im November auf 206 Mill. S im Dezember. Er lag um ein Viertel unter dem Durchschnitt der Monate Jänner bis November.

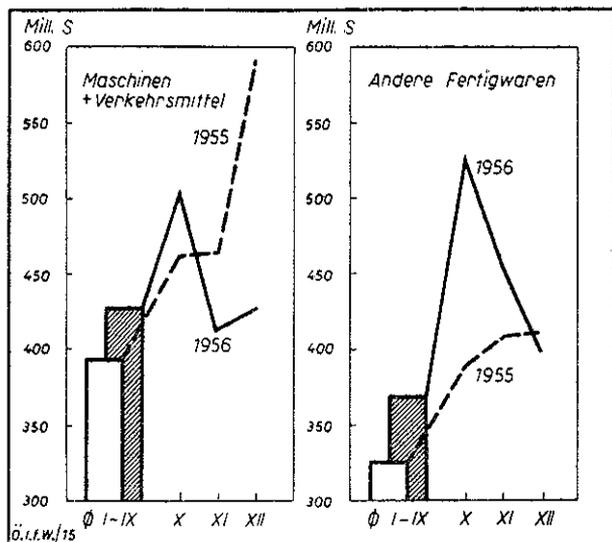
Die Einfuhr sank bei allen „Obergruppen“ mit Ausnahme der Rohstoffe, deren Importe wertmäßig infolge größerer Kohle- und Kokslieferungen von 701 Mill. S im November auf 710 Mill. S im Dezember stiegen. Der Anteil der Brennstoffe an der Gesamteinfuhr stieg von 12 auf 13%. Sonst war die Struktur der Importe gegenüber dem Vormonat nur wenig verändert.

Hingegen bewirkten Saisonverschiebung und Wegfall der Investitionsbegünstigungen eine deutliche Strukturverschiebung gegenüber Dezember 1955. Abweichend von früheren Jahren fanden im Jahre 1956 die Weihnachtsbestellungen und Maschinenkäufe nicht erst im letzten Moment statt. Deshalb waren im Dezember 1956 zwar die Nahrungs- und Genussmittel-, die Rohstoff- und die Halbwarenim-

<sup>1)</sup> Es handelt sich um eine Vorfinanzierung, die vom Bund innerhalb von fünf Jahren mit einem Zinsfuß von 6% aus ERP-Mitteln zurückgezahlt wird.

### Saisonverschiebung, Aufhebung der Investitionsbegünstigung und Importverlauf

(Normaler Maßstab; in Mill S)



Die Fertiguareneinfuhr lag im Dezember 1956 bedeutend tiefer als im Dezember 1955. Dieser Rückgang ist vor allem auf zwei Ursachen zurückzuführen: 1956 setzten die Weihnachtimporte bereits früher ein als 1955, und im Jahre 1955 führten die Investitionsbegünstigungen, die 1956 nicht mehr in Wirkung waren, zu einer besonderen Häufung der Investitionsgüterimporte zu Jahresende.

porte höher als im Dezember 1955 (zusammen um 3%), die Fertigwarenimporte aber bedeutend niedriger (um 20%). Besonders stark war der Rückgang bei Maschinen- und Verkehrsmitteln, deren Anteil am Gesamtimport im Dezember 1955 25%, im Dezember 1956 nur 19% betrug. Aber auch die Einfuhr an allen anderen Fertigwaren war Ende 1956 geringer als ein Jahr früher.

Vergleicht man jedoch die letzten Quartale 1956 und 1955, um die Verschiebungen im Einkaufsrhythmus auszuschalten, dann sind die Strukturveränderungen bedeutend geringer. Die Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Halbwarenimporte waren um 6% größer, die Fertigwarenimporte gleich groß wie ein Jahr zuvor. Unter den Fertigwaren ergab sich allerdings infolge der Abnahme der Investitionstätigkeit bei anhaltend hohem Konsum<sup>1)</sup> eine merkliche Verschiebung: die Einfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln war im IV. Quartal 1956 um 11% niedriger als im IV. Quartal 1955, die Einfuhr anderer Fertigwaren aber um 19% größer.

Der Saison entsprechend erhöhte sich im Dezember die *Ausfuhr* an Fertigwaren. Auch die Halbwarenausfuhr stieg infolge größerer Eisen- und Stahllieferungen, während die Exporte an Nahrungsmitteln und Rohstoffen etwas geringer waren als im Novem-

ber. Gegenüber Dezember 1955 zeigten alle Gruppen eine zum Teil recht beträchtliche Zunahme.

Die Ausfuhr an Fertigwaren stieg im Dezember um 46 Mill S auf 925 Mill S, ihren bisher höchsten Wert. Ihr Anteil am Gesamtexport betrug ebenso wie im Dezember 1955 46%, doch war ihr Wert um 14% größer als damals. Falls auch im Jahre 1957 der Export in ähnlichem Ausmaß gesteigert werden kann, würde der monatliche Durchschnittswert der Fertigungsausfuhr in der zweiten Jahreshälfte bei einer Milliarde Schilling liegen.

Unter den Fertigwaren standen wieder Investitionsgüter an erster Stelle. Maschinen (+ 26 Mill S) und elektrotechnische Geräte (+ 20 Mill S) wurden weit mehr ausgeführt als in früheren Monaten und auch die Exporte an Verkehrsmitteln waren höher als im November. Die Mehrexporte gingen vor allem in die Sowjetunion und nach Italien. Die Ausfuhr an übrigen Fertigwaren blieb etwas hinter den Vormonaten zurück, da weniger Glassteine nach Amerika exportiert wurden und die Veredlungsexporte für die Schweizer Photo- und Filmbranche, die im November eine größere Rolle gespielt hatten, im Dezember nicht mehr in Erscheinung traten.

Wie die Fertigwaren erreichten auch die Halbfertigwaren im Dezember 1956 ihren bisher höchsten Exportwert. Seine Zunahme um 59 Mill S auf 571 Mill S rührt allein von den außergewöhnlich hohen Eisen- und Stahllieferungen her, die im Dezember um 65 Mill S auf 423 Mill S stiegen und damit weit (um 46%) über dem Durchschnitt der ersten elf Monate lagen. Die Mehrexporte gingen zum größten Teil nach Osteuropa<sup>2)</sup> (+ 45 Mill S) und in die Schweiz (+ 14 Mill S).

Unter den *Handelspartnern* Österreichs trat im Dezember Ägypten wieder stärker hervor, nachdem der Handel mit diesem Land in den Sommer- und Herbstmonaten unter den politischen Störungen gelitten hatte. Der Außenhandelsumsatz im Dezember erreichte einen Wert von 47 Mill S (hauptsächlich Baumwollimporte und Kunstdüngerexporte) und entsprach damit dem Austauschniveau, das im Frühjahr erzielt worden war.

Die Frachterschwerungen und -verzögerungen, die sich aus der Sperre des Suezkanals ergeben, beeinträchtigen sichtlich die Einfuhr aus den asiatischen Ländern. Österreichs Einfuhr aus Asien war im Dezember trotz hohen Frachtkosten wertmäßig die niedrigste seit Juli 1955.

<sup>2)</sup> Tschechoslowakei, Ostdeutschland, Jugoslawien, Polen, Ungarn, Sowjetunion. Der Eisen- und Stahlexport in diese Länder war im Dezember nahezu doppelt so groß wie im November (99 Mill S gegenüber 54 Mill S).

<sup>1)</sup> Siehe Monatsberichte, Heft 12, Jg 1956, S. 386 ff.

Der Außenhandel mit Ungarn überstieg auch im Dezember nicht das niedrige Niveau des Vormonats. Der Umsatz erreichte nur 21 Mill S, wobei im wesentlichen Vieh und Fleisch importiert und Holz- und Papierwaren exportiert wurden. Da jedoch gleichzeitig der Warenaustausch mit den meisten anderen osteuropäischen Ländern recht bedeutend zunahm, war der Anteil des Osthandels am Außenhandel im Dezember größer als in den Monaten vor den Ereignissen in Ungarn und ungefähr gleich groß wie im Jahr zuvor.

*Der Anteil der Oststaaten<sup>1)</sup> am Außenhandel*

	Einfuhr	Ausfuhr
	Anteil in %	
1955 Dezember	12,6	15,3
1956 III. Quartal	9,9	14,2
Oktober	10,1	13,3
November	9,7	12,1
Dezember	11,9	15,5

<sup>1)</sup> UdSSR, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, CSR, Ungarn.

Ein- und Ausfuhr erzielten im IV. Quartal 1956 wertmäßig ihren bisher höchsten Stand. Mengenmäßig waren allerdings in früheren Quartalen höhere Außenhandelsergebnisse verzeichnet worden.

Wie in den früheren Quartalen stiegen auch im letzten Quartal 1956 im Vergleich zum Vorjahr die Exporte bedeutend stärker als die Importe. Die Ausfuhr war um 16%, die Einfuhr nur um 4% größer als im IV. Quartal 1955. Gegenüber dem dritten Quartal stieg allerdings die Einfuhr verhältnismäßig stark (+ 9%), während die Ausfuhr, die schon während des Jahres beachtlich zugenommen hatte, im IV. Quartal nur noch wenig stieg (+ 5%). Aus diesem Grunde erhöhte sich der Einfuhrüberschuß, der im III. Quartal auf den niedrigsten Quartalsstand des Jahres gesunken war, im IV. Quartal auf 937 Mill S, den höchsten Stand im Jahre 1956. Wenn er auch den im III. Quartal 1956 um nahezu die Hälfte überstieg, so war er dennoch um mehr als ein Drittel geringer als im IV. Quartal 1955.

*Ein- und Ausfuhr*

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1000 t	Mill S	1000 t	Mill S
1955 IV. Quartal	2 846	6 660	1 569	5 148
1956 III. Quartal	2 772	6 363	1 727	5 708
IV. Quartal	2 787	6 930	1 716	5 993